



WESTPAPUA JOURNAL



Empowered Women - Papua Frauen erheben ihre Stimme

SCHWERPUNKTE

Gegen die Kultur des Schweigens
Frauen aus Papua sprechen durch
die Literatur
von Maria Komboy

Ein seltener Sieg
Der Kampf der Moi gegen die
Konzerne
von Natalia Yewen und Amelia
Puhili

Frauen und Digitalisierung
Eine Zwischenbilanz
von Els Katmo



WESTPAPUA JOURNAL

Die Ausgabe 1/2022
hat die Rundbriefnummer 85

Westpapua-Netzwerk
Rudolfstraße 137
42285 Wuppertal
Telefon: 0202 89004-170, Fax: 0202 89004-179
E-Mail: wpn@westpapuanetz.de
Internet: www.westpapuanetz.de

Besuchen Sie uns auch auf Facebook:
www.facebook.com/westpapua.netzwerk
oder auf Twitter:
www.twitter.com/westpapuanetz

Design und layout:
AKALBUDI Network (@akalbudinetwork)
www.akalbudi.net | akalbudi.org@gmail.com
Tel/WA +62 (0) 877 7000 8384
Kunstwerk: Prasto & Eka Apriliawan

Gedruckt auf 100% Recyclingpapier.

Ältere Journalausgaben finden Sie als
PDF-Datei unter www.westpapuanetz.de
Einzelne Ausgaben können Sie als
Druckversion in der Koordinationsstelle
nachbestellen.

Um dieses Journal zu abonnieren oder
Fördermitglied des Westpapua-Netzwerk
zu werden, besuchen Sie bitte:
<https://westpapuanetz.de/spenden>

Um unsere E- Infos per Email zu emp-
fangen, besuchen Sie bitte:
<https://westpapuanetz.de/>



Cover Vorderseite: Zwei Mädchen mit traditionellem Haarschmuck (Foto: Marion Struck-Garbe)

Cover Rückseite: Eine Frau mit ihrem Kind (Foto: Mensen met een Missie)



▶ INHALT

Mitteilungen der Koordinationsstelle	4
Nachrichten aus und über Westpapua	5
Stimmen aus Papua - Voices from Papua	16
‚Gegen die Kultur des Schweigens‘: Frauen aus Papua sprechen durch die Literatur von Maria Niester Insoraki Komboy	18
Papua-Frauen und Digitalisierung; Eine Zwischenbilanz von Dr. Els Tienieke Rieke Katmo	23
Ein seltener Sieg - Der Kampf der Moi gegen die Konzerne von Natalia Yewen und Amelia Puhili	26
Gewalt gegen Frauen in Papua; Vorlage an den UN-Ausschuss für die Beseitigung jeder Form von Diskriminierung von Frauen (CEDAW) Erstellt von Nicht-Regierungsorganisationen, die zu Westpapua arbeiten, gekürzt und übersetzt vom WPN	28
Abschließende Bemerkungen zum achten Staatenbericht von Indonesien zu dem Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) UN-Ausschuss für die Beseitigung der Diskriminierung der Frau vom Westpapua-Netzwerk übersetzt und zusammengefasst	38

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Papua-Freunde,

„Empowered Women – Papua-Frauen erheben ihre Stimme“ lautet der Titel unserer ersten Journalausgabe in diesem Jahr und wir freuen uns, in dieser Ausgabe mehrere Artikel - geschrieben von Frauen - aus Papua abzudrucken: „Empowered Women - empowering Women“

Hierbei war es uns wichtig, den Autorinnen freie Wahl bei ihren Themen zu lassen und sie über Themen schreiben zu lassen, mit denen sie sich in ihrer Arbeit befassen oder die ihren Alltag begleiten.

Die Papua-Frau, die ihre Stimme erhebt und über die politische Situation in Westpapua berichtet, ist genauso Teil dieses Journals, wie der Bericht über Literatur als Stimme gegen das Schweigen für Papua-Frauen von Maria Komboy.

Els Katmo berichtet in ihrem Artikel über Frauen und Digitalisierung und wie Frauen in der Landwirtschaft und auf dem Markt Digitalisierung nutzen (können).

Unsere Autorinnen von der Umweltorganisation Pusaka berichten über den Fall des Landrates in Sorong, der sich gerichtlich gegen Abholzungsunternehmen durchsetzte. Dabei erhielt er besonders von der indigenen Bevölkerung große Unterstützung und Anerkennung.

Im letzten Jahr fand das Staatenberichtsverfahren der UN-Frauenrechtskonvention statt und es wurde begutachtet, inwiefern Indonesien die UN-Frauenrechtskonvention auf nationaler Ebene umsetzt. Hierfür konnten vorab auch Vertreter*innen der Zivilgesellschaft Berichte einreichen. Eines dieser Berichte – aus Papua – stellen wir Ihnen ebenfalls vor.

Den Abschluss bildet ein Artikel, der nicht von Frauen aus Papua geschrieben wurde und doch Bezug zu ihrer Situation nimmt: Die abschließenden Bemerkungen des UN-Ausschusses für die Beseitigung der Diskriminierung der Frau mit Empfehlungen an Indonesien.

In der Koordinationsstelle arbeiten wir gemeinsam mit unseren Kolleg*innen aus Europa und



Athletinnen (Foto: Mensen met een Missie)

Indonesien daran, in diesem Jahr Frauen aus Westpapua in Europa als Gäste begrüßen zu dürfen. Alle haben an der Publikation „All the Birds are Gone“ mitgearbeitet, die wir Ihnen in unserer letzten Journalausgabe als Buchtipp vorgestellt haben. Ziel dieser Reise soll es sein, ihre Stimmen nicht länger nur schriftlich weiterzugeben, sondern ihnen die Möglichkeit zu geben, diese auch selbst in Europa für die Frauen in Westpapua zu erheben.

Hören wir ihnen bereits in dieser Journalausgabe zu.

Wir danken Ihnen für Ihr Interesse an Westpapua und die Unterstützung unserer Arbeit und wünschen Ihnen einen gesunden und schönen Sommer.

Thea Hummel & Barbara Hillebrand



Nachrichten aus und über Westpapua

Bürgerliche und politische Rechte

Frieden und Wohlfahrt in Westpapua durch Militär und Polizei? Akteure in Westpapua kritisieren Betitelung neuer Sicherheitsoperation

Ende letzten Jahres hat die indonesische Regierung sich dazu geäußert, in Zukunft einen wohlfahrtsbasierten Ansatz in Westpapua zu verfolgen, der sich, laut dem Minister für politische, rechtliche und sicherheitspolitische Angelegenheiten, Mahfud MD, auf gemeinsame Anstrengungen der Regierungsbeteiligten konzentrieren werde, um Programme zur Verbesserung des Lebens der Papuas durchzuführen. „Die Regierung wird einen neuen Ansatz einführen, der auf Wohlfahrt basiert“, sagte Mahfud bei einer Pressekonferenz Ende Dezember 2021.

Mahfuds Erklärung kam nicht lange nachdem der kürzlich in sein Amt eingeführte Befehlshaber des indonesischen Militärs (TNI), General Andika Perkasa, den Gesetzgebern bei einer Anhörung zur Bestätigung seines Amtes mitgeteilt hatte, dass er einen „weicheren Ansatz“ bei der Behandlung

von Sicherheitsfragen in Papua verfolgen wolle. Infolge dessen wurde auch die Sicherheitsoperation in Papua von Nemangkawi Operation in Carantenz Peace Operation umbenannt und solle nun vorrangig für das Gemeinwohl eingesetzt werden.

Sebby Sambom, Sprecher der TPNPB-OPM, sagte, dass der Plan nicht auf die Wurzeln der Probleme in Westpapua eingehe. „Es wird genau das Gleiche sein. Denn die Wurzeln des Papua-Problems sind Verstöße gegen das politische Recht auf Selbstbestimmung. Was immer Indonesien also in Papua tun will, es wird sinnlos sein“, so Sambom.

Die OPM fordert weiter einen von der UN geleiteten Dialog über die politische Zukunft Westpapas.

Das Nationale Komitee Westpapas (KNPB) sagt, dass die Überzeugungsarbeit, die der Staat mit Hilfe der Sicherheitskräfte in Westpapua leisten wolle, ein altes Lied sei, das mit Beginn des neuen Jahres wieder gespielt werde.

„Ein humanitärer Ansatz, ein wohlfahrtsstaatlicher Ansatz, ein Ansatz für friedliche Operationen und so weiter, das sind Worte, die für die Menschen in Papua sehr langweilig sind, wenn sie sie

hören. Es ist eine alte Leier. Diese Melodie wird gespielt, um die 305 Zivilisten [die getötet wurden] und die 67.000 Menschen, die als Folge der Nemangkawi-Militäroperation seit 2018 vertrieben wurden, zu täuschen.“, sagte KNPB-Sprecher Ones Suhuniap in einer Pressemitteilung vom Freitag, den 14. Januar.

Der Plan, die Nemangkawi-Operation in Cartenz Peace Operation umzubenennen, werde nichts an dem militaristischen Muster ändern, das bisher im Land Papua angewandt wurde, so Suhuniap weiter. Zukünftige Menschenrechtsverbrechen durch Angehörige der Sicherheitskräfte würden Gefahrlaufen, unter einer humanistischen Wortwahl als legal angesehen zu werden. Ernsthaft friedliche Absichten seien nicht durch weiteres Militär umzusetzen.

„Um die Operation fortzusetzen und gleichzeitig ihr kriminelles Gesicht zu verbergen, wird der Name der Nemangkawi Operation der Polri [indonesische Polizei] in Cartenz Peace Operation geändert. Währenddessen werden die militärischen Operationen der TNI [indonesisches Militär] in territoriale Operationen umbenannt damit sie legal erscheinen. Dies ist nur eine Taktik, um um die Öffentlichkeit zu täuschen“, erklärte Suhuniap.

Laut Medienberichten wurden allein Mitte Januar erst 1.925 weitere Sicherheitskräfte nach Westpapua geschickt.

.....

Gewalt durch beide Konfliktparteien

Verschiedene Menschenrechtsgruppen haben indonesische Soldaten beschuldigt, ein Kind getötet und sechs weitere schwer geschlagen zu haben, nachdem sie sie beschuldigt hatten, einem Soldaten in der indonesischen Provinz Papua eine Waffe gestohlen zu haben.

Bis zu 12 Kinder wurden Berichten zufolge am 27. Februar im Bezirk Puncak Jaya verhaftet, nachdem ein Soldat, der für die Sicherheit am nahe gelegenen Flughafen Tapulinik zuständig war, das Fehlen seiner Waffe gemeldet hatte. Während der Festnahme sollen sieben von ihnen so schwer geschlagen worden sein, dass Makilon Tabuni, 12, starb, während sechs andere mit verschiedenen Verletzungen ins Krankenhaus gebracht wurden.

Mehrere indonesische und internationale Medien berichteten Anfang März von einem Angriff, bei dem acht Techniker getötet wurden, die in einem abgelegenen Teil des Landkreises Puncak (Provinz Papua) einen Fernmeldeturm reparierten.

Einem Bericht der Associated Press zufolge, der den Sprecher des Papua-Militärs, Oberst Aqsha Erlangga, zitierte, wurden die Techniker am 2. März getötet, als eine bewaffnete Gruppe einen Telkomsel-Mobilfunkturnm stürmte, während die Arbeiter in einem zerklüfteten Gebiet des Bezirks Puncak dessen Sendeempfänger reparierten. Einem Techniker gelang es, dem Angriff zu entkommen und vom Tatort zu fliehen. Andere Berichte geben an, dass die Gruppe ein Mitarbeiterlager angriff und sich der Zeuge zum Zeitpunkt des Angriffs woanders befand.

Die Bergung der Opfer konnte erst einige Tage später per Helikopter stattfinden, da die Region nur schwer zu erreichen ist und die Wetterverhältnisse eine frühere Bergung erschwerten.

Unter der Annahme, dass die Informationen korrekt sind – und einigen Berichten zufolge hat sich die TPNPB-OPM zu den Morden bekannt.

Berichten zufolge soll die TPNPB-OPM im April für mehrere Angriffe auf Polizei- und Militäranghörige verantwortlich gewesen sein und insgesamt sechs Militäranghörige verwundet haben.

.....



Brandanschlag auf das Büro des Papua Legal Aid Institute (LBH Papua) in Jayapura

Am frühen Morgen am Montag, den 9. Mai wurde ein Brandanschlag auf die Garage des Büros des Papua Legal Aid Institute (LBH Papua) in Jayapura verübt.

Ein Mann, der einen Hut, einen schwarzen Pullover und eine Gesichtsmaske trug, wurde gesehen, wie er auf einem Motorrad aus den Büros des Papua Legal Aid Institute (LBH Papua) in der Provinzhauptstadt Jayapura flüchtete, kurz bevor ein Feuer ein Motorrad erfasste und ein in der Garage des Büros geparktes Auto verbrannte.

Berichten zufolge wurde bei dem Vorfall am frühen Morgen des 9. Mai niemand verletzt.

Der Direktor des LBH Papua, Emanuel Gobay, sagte, der Angriff stehe wahrscheinlich im Zusammenhang mit Rechtsfällen, die seine Organisation betreut. „Wir wollen natürlich, dass die Polizei dem Vorfall auf den Grund geht, den Täter verhaftet und uns sagt, warum wir angegriffen wurden. Der Vorfall macht auch deutlich, dass die Regierung den Schutz von Menschenrechtsverteidigern verbessern muss, insbesondere in der Provinz Papua, wo es viele Rechtsverletzungen gibt.“, so Gobay.

Komnas HAM Friedensdialog zwischen Jakarta und Westpapua einleiten – Kritik dazu äußert mangelnde Distanz als Problem

Berichten zufolge soll die Nationale Menschenrechtsinstitution Indonesiens –die Nationale Menschenrechtskommission (Komnas HAM)– noch für dieses Jahr geplante Friedensgespräche zwischen Westpapua und Jakarta einleiten und koordinieren. Der Komnas HAM Vorsitzende Ahmad

Taufan Damanik, hofft, dass die Friedensgespräche zwischen Papua und Jakarta noch in diesem Jahr beginnen können. „Die Hoffnung ist, dass in diesem Jahr die Anfangsphase beginnen kann und die Regierung, die OPM, gesellschaftliche Persönlichkeiten, kirchliche Persönlichkeiten und traditionelle Persönlichkeiten sich an einen Tisch setzen können“, sagte Damanik am Mittwoch, den 9. März in Jakarta.

„Wenn diese Persönlichkeiten zu einem Dialog mit Jakarta bereit sind – und andererseits auch der Palast -, können die Friedensgespräche zwischen den beiden Lagern von Angesicht zu Angesicht stattfinden“, so Damanik weiter. „Dazu gehört auch der Vorsitzende der Vereinigten Befreiungsbewegung für Westpapua, Benny Wenda“, erklärte Damanik.

Gustaf Kawer, Direktor der Papuan Association of Human Rights Lawyers (PAHAM), erklärte, dass der Dialog durch die Nationale Menschenrechtskommission (Komnas HAM) nicht der Idee des Jakarta-Papua-Dialogs entspreche, den die Papuas wollten. Ihm zufolge ist der von der Indonesischen Nationalen Menschenrechtskommission geförderte Dialog für die internationale Gemeinschaft wie ein politisches Image für die indonesische Diplomatie. So habe nach seiner Auffassung Komnas HAM nicht das Mandat dazu, als Vermittler im Konflikt tätig zu werden





und den Dialog zu koordinieren. Kawer sagte, verschiedene Gesetze und Verordnungen hätten das Mandat und die Hauptaufgaben der indonesischen Nationalen Menschenrechtskommission klar formuliert. Er verwies auf Artikel 76 Absatz (1) des Menschenrechtsgesetzes. „Die Pflichten und Funktionen der indonesischen Nationalen Menschenrechtskommission bestehen nur darin, Beratung, Überwachung und Vermittlung in Menschenrechtsfragen zu untersuchen“, sagte er. Kawer sagte, die Bestimmungen von Artikel 76 Absatz (1) des Menschenrechtsgesetzes könnten nicht als Mandat für die indonesische Nationale

Menschenrechtskommission interpretiert werden, um im Jakarta-Papua-Dialog zu vermitteln.

Kawer betonte, dass sich das Mandat der indonesischen Nationalen Menschenrechtskommission auf die Vermittlung in Menschenrechtsfragen beschränke. „Im Kontext des Jakarta-Papua-Dialogs gibt es nichts, was die indonesische Nationale Menschenrechtskommission regeln könne“, sagte Kawer.

Laut Kawer müsse der Mediator, der den Jakarta-Papua-Dialog vermittele, eine Person oder Institution oder ein Land sein, das frei von dem Einfluss der Konfliktparteien sei. ●

Neue Provinzen in Westpapua

Provinz Papua soll aufgeteilt werden

Am 6. April 2022 wurde der Gesetzesentwurf zur Schaffung drei neuer Provinzen in Papua im Gesetzgebungsausschuss des indonesischen Parlaments in Jakarta angenommen und am 30. Juni 2022 in einer Plenarsitzung ratifiziert.

Die neuen Provinzen sollen sich wie folgt zusammensetzen:

Süd-Papua: Provinzhauptstadt Merauke (Landkreis Merauke; Landkreis Mappi; Landkreis Asmat; Landkreis Boven Digoel)

Zentral-Papua: Provinzhauptstadt Timika (Landkreis Mimika; Landkreis Paniai; Landkreis Mimika; Landkreis Dogiyai; Landkreis Deyiai; Landkreis Intan Jaya; Landkreis Puncak)

Zentrale Hochlandprovinz: Provinzhauptstadt Wamena (Landkreis Jayawijaya; Landkreis Puncak Jaya; Landkreis Jayawijaya; Landkreis Lanny Jaya; Landkreis Zentral-Mamberamo; Landkreis Nduga; Landkreis Tolikara; Landkreis Yahukimo; Landkreis Yalimo)

Menschenrechtsaktivist*innen, Gemeindeführer und andere Akteure aus Papua warnen davor,

dass die Pläne zur Schaffung neuer Provinzen die Bemühungen um eine friedliche Lösung des Konflikts erschweren können. Sie kritisieren, dass die Teilung den Geist der Autonomie verletze, das Vertrauen der indigenen Bevölkerung Papuas untergrabe und dazu benutzt werden könne, die militärische Präsenz Indonesiens in der Region zu verstärken.

„Die Verabschiedung des Gesetzesentwurfs für die drei neuen Provinzen Papuas ist wie ein Blitz am helllichten Tag“, sagte Timotius Murib, Vorsitzender des Volksrates der Provinz Papua (MRP). „Ohne angemessene Konsultationen hat das Repräsentantenhaus plötzlich den Gesetzesentwurf angenommen. Dies untergräbt den Geist der Sonderautonomie“, erklärte er. „Dies ignoriert die Regeln des Gesetzes über die Sonderautonomie, das Konsultationen mit der Bevölkerung von Papua vorschreibt. Im Rahmen der Sonderautonomie muss die Einrichtung neuer Verwaltungseinheiten mit dem MRP abgesprochen und von diesem genehmigt werden“, sagte Murib.

Die Pläne zur Aufteilung Papuas stoßen bei den Papuas auf breite Ablehnung und werden neben dem überarbeiteten Sonderautonomiegesetz von Juli 2021 als weiteren Schritt in die falsche Richtung gesehen, der eine kontraproduktive





Situation schaffen könnte. In den wichtigsten Städten Papuas, darunter Jayapura, Wamena, Yahukimo, Timika, Nabire und Lanny Jaya, gab es Proteste gegen die Pläne. In Yahukimo wurden zwei Menschen getötet und mehrere weitere verletzt, als die Sicherheitskräfte im vergangenen Monat während einer Kundgebung das Feuer eröffneten.

Kritik an den neuen Provinzen wird unter anderem auch deshalb geäußert, da die geplante neue Provinz Süd-Papua nur aus vier Landkreise bestehen soll und damit gegen gesetzliche Bestimmungen verstoßen könne. Ein weiterer Kritikpunkt ist, dass die Pläne für neue Provinzen zumindest solange verschoben werden sollen, bis das indonesische Verfassungsgericht die Klage des MRP gegen das überarbeitete Sonderautonomiegesetz geprüft hat – diese Klage ist weiterhin anhängig. Weitere Sorgen werden über die möglichen neuen Militärstationen geäußert, die in den drei neuen Provinzen entstehen könnten und die Furcht vor einer weiteren Verschärfung des Konflikts und weiteren Menschenrechtsverletzungen nach sich ziehen.

Jokowi trifft MRP und MRPB und sagt zu, die Entscheidung des Verfassungsgerichts zu respektieren

Präsident Joko Widodo empfing am Montag, den 25. April 2022, im Merdeka-Palast Delegationen des Volksrates der Provinz Papua (MRP) und des Volksrates der Provinz Papua Barat (MRPB).

An dem Treffen nahmen der Vorsitzende des MRP, Timothy Murib, der stellvertretende Vorsitzende Yoel Luiz Mulait, der Vorsitzende des MRP-Beratungsausschusses, Benny Sweny, und der Experte Joram Wambraw sowie der Geschäftsführer von Amnesty International Indonesien, Usman Hamid, teil. Vom MRPB waren Maxi Nelson Ahoren und eine Reihe anderer MRPB-Vertreter anwesend.

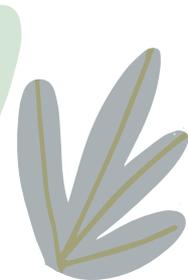
Beim Empfang der MRP- und MRPB-Delegationen wurde der Präsident von dem koordinierenden Minister für politische, rechtliche und sicherheitspolitische Angelegenheiten Mahfud MD, dem Innenminister Tito Karnavian und der stellvertretenden Leiterin des Präsidentsamts Jaleswari Pramodhawardani begleitet.

Timotius Murib teilte dem Präsidenten zwei Probleme mit. Erstens bedauert der MRP das Verfahren zur Änderung des Papua-Sonderautonomiegesetzes, das nicht vom Papua-Volk durch den MRP und den Papua-Legislativrat (DPRP) vorgeschlagen wurde, wie es in Artikel 77 des Sonderautonomiegesetzes von 2001 vorgesehen ist. Murib sagte, dass viele der geänderten Artikel nicht mit Jokowi's Brief vom 4. Dezember 2020 übereinstimmten, in dem er anordnete, die Änderungen auf drei Artikel zu beschränken: allgemeine Bestimmungen, regionale Finanzen und regionale Erweiterung. Tatsächlich wurden nach den Beratungen im Parlament schließlich 19 Artikel geändert.

Das zweite Problem, das von MRP und MRPB vorgebracht wurde, war der Plan der Regierung, neue Provinzen in Papua zu bilden, ohne die MRP und MRPB einzubeziehen, wie es Artikel 76 des vorherigen Autonomiegesetzes vorsieht, der besagt, dass die Aufteilung Papuas in weitere Provinzen mit der Zustimmung von MRP und DPRP erfolgen müsse.

Als Antwort auf die Bestrebungen des MRP und des MRPB sagte Jokowi, er sei überrascht, dass die Änderung des Sonderautonomiegesetzes die Beteiligung der indigenen Papua ausschließe und dass das Material als problematisch angesehen werde. Jokowi sagte jedoch, dass die Regierung den Antrag der MRP auf eine gerichtliche Überprüfung durch das Verfassungsgericht begrüße und die Entscheidung des Gerichts respektieren werde.

„Was die Erweiterung der Provinzen angeht, so würde ich sagen, dass dies oft ein Wunsch der Regionen selbst ist. Fast jedes Mal, wenn ich in die Bezirke und Städte fahre, gibt es immer wieder Forderungen nach einer Erweiterung der Provinzen. Bei der Diskussion über die regionale



Ausdehnung wird die Finanzlage des Staates, einschließlich der Möglichkeiten des regionalen Haushalts, berücksichtigt. Es geht darum, den Staatshaushalt nicht zu belasten“, sagte der Präsident. „Ich möchte betonen, dass die Aufteilung der Provinzen keine einfache Sache ist. Wenn etwas problematisch erscheint, müssen wir noch einmal darüber sprechen. Bitte sprechen Sie mit den Ministern, und wenn Sie dann immer noch nicht zufrieden sind, werde ich mich für Gespräche zur Verfügung stellen. Was die Einladung der MRP angeht, so freue ich mich darauf und werde die MRP bald besuchen“, sagte Jokowi.

Volksrat der Provinz Papua: Neue Provinzen bedeuten nicht automatisch mehr Wohlstand

Der Vorsitzende des Volksrats der Provinz Papua (MRP), Timotius Murib, sagt, dass der Plan der Regierung, die Provinz Papua aufzuteilen nicht unbedingt eine Garantie für den Wohlstand des papuanischen Volkes sei.

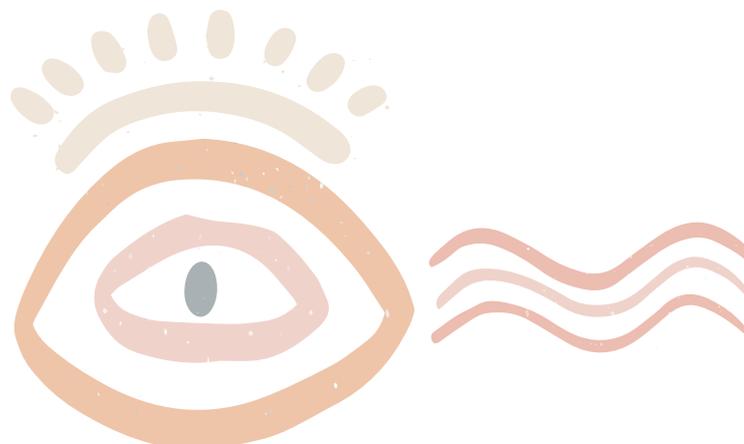
Murib sagte, dass die Humanressourcen Papuas derzeit nicht ausreichend und nicht bereit für die Einrichtung neuer Provinzen seien. Ihm zufolge gebe es auch keine Garantie dafür, dass sich dadurch Arbeitsmöglichkeiten für die indigene Bevölkerung Papuas ergeben. „Es gibt keine Beteiligung der papuanischen Bevölkerung an der Papua-Aufteilung. Tatsächlich wollen die indigenen Papuas in 29 Landkreisen und Städten eine gründliche Evaluierung der Umsetzung der Sonderautonomie Westpapas in den letzten 20 Jahren. Wir brauchen zuerst eine Evaluierung, um zu sehen, ob die Sonderautonomie erfolgreich war oder nicht, um das Wohlergehen der indigenen Papuas zu verbessern“, sagte er.

Usman Hamid, Direktor von Amnesty International Indonesien, befürchtet eine Eskalation der Gewalt in Papua, wenn die Regierung diese Angelegenheit nicht angemessen berücksichtige. Es wird befürchtet, dass sich die Situation der indigenen Papuas verschlechtern werde, wenn die Sicherheitskräfte im Zuge der Bildung der neuen Provinzen weiterhin mehr Truppen einsetzen.

Mehrere Proteste in Westpapua gegen neue Provinzen

Im März, Mai und Juni kam es zu mehreren Protesten und Demonstrationen in Westpapua, die sich gegen die Pläne der Zentralregierung richteten, die Provinz Papua aufzuteilen. Zudem forderten die Papuas wiederholt ein Referendum über den politischen Status Westpapas. Nach Informationen, die unter anderem Amnesty International von Demonstranten und lokalen Journalisten erhalten hat, war die Auflösung der Proteste besonders im Mai in vielen Fällen von exzessiver Gewaltanwendung durch die Polizei geprägt.

Auch außerhalb Westpapas gab es mehrere Demonstrationen und Solidaritätsbekundungen. So berichtet Veronica Koman auch von zwölf Demonstranten, die in Timor-Leste festgenommen wurden, als sie ihre Solidarität mit den Papuas bekundeten, auf Bali kam es ebenfalls zu kleineren Auseinandersetzungen. In Makassar auf Sulawesi wurden mehrere papuanische Studierende von einer Milizgruppe körperlich angegriffen, während die Polizei zusah. Sie wurden auch mit rassistischen Begriffen wie „Terroristen“ und „Afften“ beschimpft, so Koman auf ihrem Twitter Account.





Insbesondere in den sozialen Medien wurden Berichte, Videos und Fotos der Proteste und vom Vorgehen der Polizei geteilt. Die im Exil lebende indonesische Menschenrechtsaktivistin Veronica Koman teilte auf ihrem Twitter Account mehrere Beiträge zu den Vorfällen. In mehreren Videos und auf verschiedenen Fotos sind Demonstrationen zu sehen, die zum Teil gewaltsam von der Polizei aufgelöst wurden. So sieht man in einem von Koman geteilten Video dutzende Polizisten in einer Straße in Jayapura, die in Richtung Demonstranten laufen. Es sind Schüsse zu hören und Rauch zu sehen. Ein anderes Video von Anfang Mai zeigt den Einsatz von Wasserwerfern aus nächster Nähe. Ein nächstes Video zeigt eine friedliche Demonstration in den Straßen Jayapuras, der mehrere Polizisten entgegen gehen. Dann, so schreibt Koman „scheint der leitende Polizeibeamte eine Warnung auszusprechen, bevor er schreit: „Angriff! Greift an! Schießt! Schießt!“ und die Demonstranten werden von der Polizei angegriffen und geschlagen. Unterdessen wurden am selben Tag sieben Aktivisten von der Polizei im Büro von Kontras Papua in Jayapura festgenommen und zum Verhör auf die Polizeiwache von Jayapura gebracht. Vier von ihnen wurden freigelassen, während die verbleibenden drei Aktivisten immer noch wegen des Verdachts der Verletzung des ITE-Gesetzes inhaftiert sind.

Westpapua in der internationalen Gemeinschaft

UN fragt von Indonesien Informationen zu Menschenrechtsverletzungen in Westpapua an

Die Vereinten Nationen (UN) haben über die Mandatsträger für Sonderverfahren die indonesische Regierung um Daten, Informationen und

Klarstellungen zu angeblichen Menschenrechtsverletzungen in Westpapua gebeten.

Zu diesen Vorwürfen gehören die Anzahl der Menschen, die bei Zusammenstößen zwischen der Nationalen Befreiungsarmee Westpapas (TPNPB) und der Organisation für die Freiheit Westpapas (OPM) und dem Militär ums Leben gekommen sind, die Verhaftung indigener Papuas und die Beschränkungen des Zugangs für die

Nationale Menschenrechtskommission (Komnas HAM), das Internationale Rote Kreuz und kirchliche Mitarbeiter*innen.

Die UN-Sonderberichterstatter baten auch um Aufklärung über die steigende Zahl der Binnenvertriebenen, die auf 60.000 bis 100.000 geschätzt wird.

Die UN-Sonderberichterstatter empfahlen der indonesischen Regierung, den Modus Operandi und die Einsatzregeln ihrer Sicherheitskräfte zu überprüfen und einen unabhängigen und glaubwürdigen Mechanismus einzurichten, um Vorwürfe von Verletzungen des Rechts auf Leben, persönliche Sicherheit, Unversehrtheit und Freiheitsentzug zu untersuchen, um die Rechenschaftspflicht für Gewalttaten zu gewährleisten, die Justiz zu verbessern und das Vertrauen der lokalen Gemeinschaften zurückzugewinnen.

„Jegliche unverhältnismäßige oder missbräuchliche Anwendung von Gewalt, einschließlich tödlicher Gewalt, ist kontraproduktiv und kann den Konflikt nur verschärfen“, erklärten sie.

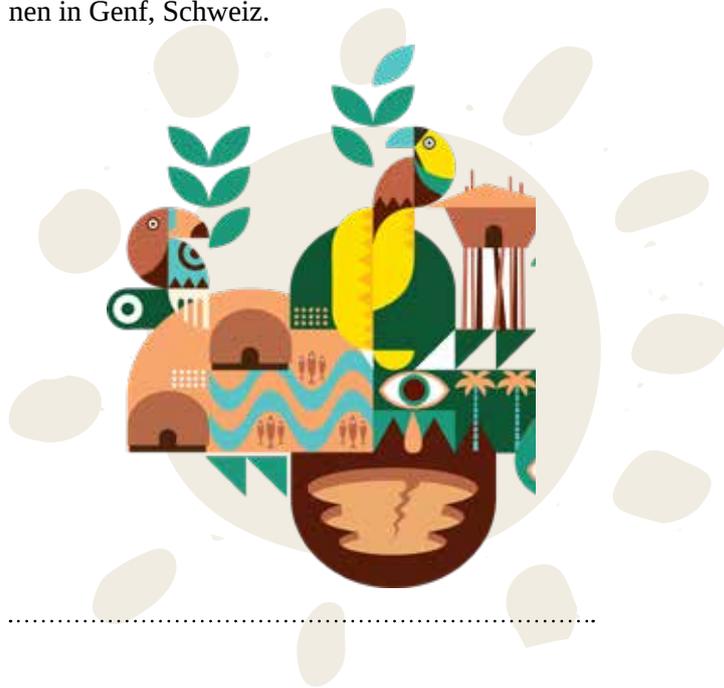
UN-Experten schlagen Alarm wegen schwerer Menschenrechtsverletzungen in Westpapua und fordern dringende Hilfe – Indonesien kritisiert dies deutlich

Am 1. März 2022 äußerten Francisco Cali Tzay, UN-Sonderberichterstatter für die Rechte der indigenen Völker, Morris Tidball-Binz, UN-Sonderberichterstatter für außergerichtliche, willkürliche oder im Schnellverfahren durchgeführte Hinrichtungen, Cecilia Jimenez-Damary, UN-Sonderberichterstatterin für die Menschenrechte von Binnenvertriebenen in einem Expertenbericht ihre Sorge über die anhaltenden Menschenrechtsverletzungen in Westpapua.

Die UN-Experten verwiesen auf schockierende Übergriffe gegen die indigene Bevölkerung Papuas, darunter die Ermordung von Kindern, das Verschwindenlassen von Menschen, Folter und Massenvertreibungen von Menschen.

Die Experten forderten dringenden Zugang für humanitäre Hilfe in die Region und forderten die indonesische Regierung auf, umfassende und unabhängige Untersuchungen der Übergriffe gegen die indigene Bevölkerung durchzuführen.

Die indonesische Regierung reagierte verärgert auf dieses öffentliche Schreiben der UN und veröffentlichte am 1. März ebenfalls eine öffentliche Stellungnahme auf der Homepage der Ständigen Vertretung Indonesiens bei den Vereinten Nationen in Genf, Schweiz.



EU äußert sich zu Westpapua

Ende letzten Jahres haben drei spanische Abgeordnete des Europäischen Parlaments (Carles Puigdemont i Casamajó (NI), Antoni Comín i Oliveres (NI), Clara Ponsatí Obiols (NI)) eine Parlamentarische Anfrage über die Menschenrechtslage in Westpapua zur schriftlichen Beantwortung an den Vizepräsident der Kommission / Hoher Vertreter der Union für Außenpolitik und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, gestellt, die am 21.2.2022 von diesem schriftlich beantwortet wurde.

In seiner Antwort betont Borrell, dass die Wahrung der Meinungs-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit in Westpapua weiterhin Anlass zur Sorge gebe. Die EU ermutigt Indonesien, dem Hohen Kommissar der Vereinten Nationen

für Menschenrechte einen Besuch in Westpapua zu gestatten, und hat Indonesien aufgefordert, alle Sonderberichterstatter und Mandatsträger dauerhaft einzuladen.

Recht auf Bildung in Westpapua

Lehrer*innen gesucht

Insgesamt 476.534 indigene Kinder in den Provinzen Papua und Papua Barat gehen nicht zur Schule, so die Daten des Ministeriums für Bildung und Kultur und des indonesischen Statistikamts (BPS) für Papua und Papua Barat. Im Gebiet von Domberai können 57.040 Kinder nicht zur Schule gehen, in Bomberai 14.504, in Mamta 56.769, in Anim Ha 92.988, in Meepago 89.433, in Saireri 43.622 und in Lapago 100.969 Kinder. In diesen Zahlen sind Kinder mit besonderen Bedürfnissen und Kleinkinder, die eine frühkindliche Erziehung benötigen, noch nicht einmal enthalten.

Agus Sumule, Dozent an der Universität von Papua, erklärte, dies sei auf den Mangel an Lehrern in den beiden Provinzen zurückzuführen. Selbst wenn es ein Schulgebäude gäbe, sagte Sumule, würde die Schule ohne Lehrer*innen nicht funktionieren. Sumule sagte, das Problem werde durch die Abwesenheit von Lehrerinnen verschärft – insbesondere von Lehrerinnen, die im Hochland unterrichten. In beiden Provinzen Westpapas fehlen laut Sumule zusammengerechnet über 30.000 Lehrer*innen.

Sicherheitskräfte besetzen seit Oktober drei Schulen in Yahukimo

Der Direktor des LBH Papua Emanuel Gobay sagte, dass die Brimob-Truppen seit dem 3. Oktober 2021 drei Schulgebäude im Bezirk Yahukimo

besetzt hätten. Bei den drei von den Truppen besetzten Schulen handelt es sich um die NINIA State High School, die Anggruk State High School und die Yahukimo 2 State Vocational School.

„Da die Truppen die Schulgebäude zu ihren Posten gemacht haben, können die Schüler nicht zur Schule gehen, und der Lehr- und Lernprozess ist vollständig zum Erliegen gekommen“, erklärte Gobay in einer schriftlichen Erklärung, die Jubi am Freitag, den 21. Januar 2022, erhielt. Zuvor hatten die Schüler der drei Schulen am Donnerstag friedlich protestiert und sich darüber beklagt, dass sie wegen der Operation nicht zur Schule gehen können. Gobay bewertete den Protest der Schüler als einen Kampf für das Recht auf Bildung.

„Die Gymnasiasten stellten direkt das Engagement der Sicherheitskräfte in Frage, insbesondere der Mobilien Brigade als Vertreter des Staates, um das Recht auf Bildung zu erfüllen, das ein verfassungsmäßiges Recht und ein Menschenrecht jedes Bürgers ist“, sagte er.

Kürzung von Stipendien für Studierende aus Westpapua, die im Ausland studieren

Eine Gruppe, die sich für die Interessen von Studierenden aus Papua einsetzt, hat die Abschaffung der autonomen lokalen Bildungsstipendien zur Unterstützung von Papua-Studierenden im Ausland durch die indonesische Regierung verurteilt

und diesen Schritt als “Angriff auf die Entwicklung indigener Humanressourcen“ bezeichnet. Die Internationale Allianz der Papua-Studenten veröffentlichte Ende Januar einen offenen Brief mit der Überschrift „Stört und behindert [uns] nicht – lasst uns in Ruhe studieren“. Etwa 125 papuanische Studierende – 41 studieren in Neuseeland und 84 in den Vereinigten Staaten – wurden im Rahmen der neuen Politik nach Hause geschickt.

Die Studierenden verwiesen auch auf die von Indonesien anerkannten internationalen Menschenrechtsgesetze, die „die Regierung rechtlich verpflichtet, das Recht auf Bildung zu achten, zu schützen und zu fördern“. „Die Politik der Zentralregierung gegenüber Papua hat oft negative rechtliche Auswirkungen auf die Rechte und die Würde der indigenen Papuas“, heißt es in der Erklärung weiter. Die Studierenden sagten, dass die Änderungen des Sonderautonomiegesetzes dazu geführt hätten, dass mehrere vorrangige Programme der Provinzregierung von Papua gestoppt wurden. „Vor allem Programme, die aus dem Sonderautonomiefonds Papuas finanziert werden, einschließlich Bildungsstipendien, wirtschaftliche Stärkung und Gesundheit,“ seien davon betroffen gewesen, so die Erklärung der Studenten.

.....



SDG 4: Hochwertige Bildung

- Gleichberechtigter Bildungszugang für alle;
- Zugang zu frühkindlicher Bildung, die auf die Grundschule vorbereitet;
- Alle Mädchen und Jungen sollen eine kostenlose, gerechte und hochwertige Grund- und Sekundarbildung abschließen;
- Zugang zu hochwertiger beruflicher Bildung und Hochschulbildung;
- Mehr Jugendliche und Erwachsene sollen über Fähigkeiten für Beschäftigung und menschenwürdige Arbeitsplätze verfügen;
- Alle Jugendlichen und ein großer Anteil der Erwachsenen sollen Lese-, Schreib- und Rechenkenntnisse erlangen;
- Alle Lernenden sollen Fähigkeiten für die Förderung der nachhaltigen Entwicklung erwerben.

Umwelt in Westpapua

Food Estate Projekt: Zerstörung von Wald- und Torfgebieten droht große Mengen an Kohlenstoff freizusetzen

In jüngster Zeit wurden die Waldgebiete Papuas durch Projekte zur Umwandlung von Wald- und Torfgebieten in großem Umfang für die Agroindustrie und andere wirtschaftliche Interessen zerstört.

Das National Strategic Project's Food Estate wird ein neuer treibender Faktor für Veränderungen in der ökologischen Landschaft und im sozialen Leben der indigenen Papuas sein. Den vorgelegten Daten zufolge gibt es etwa 200 Tausend Hektar Torfland, das 50 Millionen Kohlenstoff absorbiert und von der Zerstörung bedroht sein wird. Diese Menge ist nur ein Teil der insgesamt 2,7 Millionen Hektar Landflächen, die rund 268 Millionen Tonnen Kohlenstoff absorbieren können.

.....



700.000 Hektar Waldfläche in zehn Jahren zerstört

In den letzten zehn Jahren wurden 700.000 Hektar der Wälder Westpapas geschädigt, sagte Uli Arta Siagian, Leiterin der Wald- und Plantagenkampagne des Indonesischen Forums für Umwelt (WALHI).

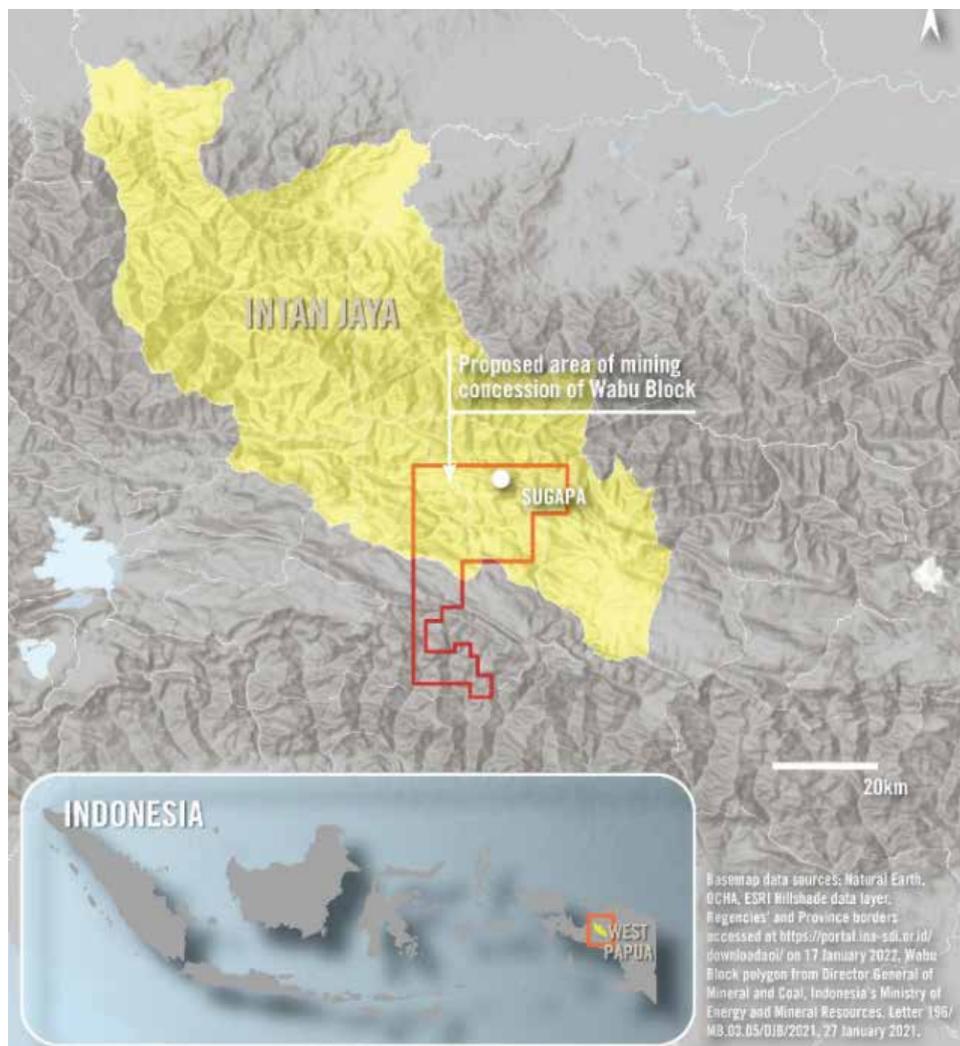
Siagian sagte, dass nach den Aufzeichnungen von Global Forest Watch die größte Waldzerstörung in der Region Merauke stattfand, wo eine Fläche von 112.000 Hektar Wald durch verschiedene Genehmigungen für die Rodung von Land für Ölpalmen, für industrielle Plantagenwälder und für Ernährungsprogramme zerstört wurde. Der größte Teil der Waldzerstörung außerhalb von Merauke wird durch verschiedene Investitionsgenehmigungen in Papua verursacht.

Die Naturwälder in den Provinzen Papua und Papua Barat sind eine der „Lungen der Erde“ mit einer Fläche von 33,7 Millionen Hektar, das

entspricht 81 Prozent der Landfläche. Die natürlichen Wälder in den beiden Provinzen sind jedoch Ziel der Abholzung für Ölpalmen, industrielle Plantagenwälder und Projekte zur Nahrungsmittelproduktion geworden.

Stopp der geplanten Wabu Block Mine in Papua gefordert

Usman Hamid, Exekutivdirektor von Amnesty International Indonesien, fordert die indonesische Regierung auf, die geplante Goldmine im Wabu-Block im Landkreis Intan Jaya zu stoppen, bis eine Einigung mit der indigenen Bevölkerung Papuas in diesem Gebiet erzielt wurde. „Wir haben darum gebeten, dass die geplante Mine gestoppt wird, bis der Staat die Zustimmung der indigenen Bevölkerung Papuas erhalten hat“, sagte Hamid in einer Pressemitteilung, die Suara Papua am



Pläne für den Wabu Block (Quelle: Amnesty International)

Freitag, den 6. Mai erhielt. Amnesty veröffentlichte erst im März einen Bericht über den geplanten Goldabbau im Wabu Block im Landkreis in Intan Jaya, ein Gebiet, das als Brennpunkt für eine Reihe von Gewalttaten indonesischer Sicherheitskräfte gegen die örtliche Zivilbevölkerung gilt.

Hamid erklärte, dass die indigene Bevölkerung Papuas berichtete, dass Gewalt häufig von den Sicherheitskräften ausgeübt werde, zusammen mit Einschränkungen des persönlichen und öffentlichen Lebens, wie z.B. Einschränkungen der Bewegungsfreiheit und sogar der Verwendung von elektronischen Geräten. „Amnesty International Indonesien ist sehr erleichtert über die Haltung des Gouverneurs von Papua, der die Zentralregierung, insbesondere das Ministerium für Energie und Bodenschätze (ESDM), offiziell gebeten hat, den geplanten Bergbau angesichts der schwierigen Sicherheitslage in Intan Jaya vorübergehend einzustellen“, sagte Hamid. Der größte Teil des Gebiets, das vom Stamm der Moni bewohnt wird, ist noch mit Wald bedeckt. Offiziellen Schätzungen zufolge enthält der Wabu-Block die fünftgrößte bekannte Goldreserve Indonesiens.

Nach den vorliegenden Daten habe die indonesische Regierung die Zahl der Sicherheitskräfte in Intan Jaya deutlich erhöht. Derzeit soll es etwa 17 Sicherheitsposten im Bezirk Sugapa geben (der regionalen Hauptstadt von Intan Jaya), während es im Oktober 2019 nur zwei Posten waren. Diese Zunahme sei auch mit außergerichtlichen Tötungen, Razzien und Übergriffen durch Militär und Polizei einhergegangen, die ein allgemeines Klima der Gewalt, Einschüchterung und Angst geschaffen haben. Nach Berichten, die Amnesty vorliegen, so Hamid, sind die indigenen Papuas in Intan Jaya in ihren täglichen Aktivitäten eingeschränkt, und viele mussten ihre Gemeinden verlassen, um in anderen Städten oder in den Wäldern Sicherheit zu finden. Hamid hofft, dass die Regierung den Berichten der Menschenrechtsorganisationen in Papua Beachtung schenken werde. ●

.....



Voices from Papua

„Von Januar bis März 2022 sind folgende Geschehnisse in Westpapua hervorzuheben:

- Erweiterung der Provinzen. Die Zentralregierung beabsichtigte, fünf neue Provinzen in Tanah Papua einzurichten. Diese Idee stammt aus der Überarbeitung des Sonderautonomiegesetzes Nr. 2, 2021, Artikel 76 über die Hinzufügung von neuen Provinzen zu autonomen Regionen. Dieser Artikel ist die Grundlage für die Idee, die Provinz zu erweitern.

„Das Hauptziel des Gesetzes zur Revision der Sonderautonomie ist eine gerechte Entwicklung in ganz Indonesien“ – so der Leiter der zweiten Kommission des Repräsentantenhauses der Indonesischen Republik.

- Der Prozess gegen Victor Yeimo ist noch nicht abgeschlossen. Am Montag, den 21. Februar, erhob der Staatsanwalt der Oberstaatsanwaltschaft von Jayapura Anklage gegen Viktor Yeimo wegen Hochverrats. Derzeit ist Victor Yeimo

an chronischer Tuberkulose erkrankt und befindet sich in Behandlung. Die medizinische Behandlung dauert noch 5 Monate.

- Ein Binnenvertriebener aus dem Dorf Ayata im East Aifat Sub District ist am Montag, den 21. Februar 2022, verstorben. Zuvor waren bereits zwei andere Binnenvertriebene im Februar verstorben. Es handelt sich um Timo Fatem, der am Freitag, den 18. Februar 22, verstorben ist, und Samuel Saisor, der am Sonntag, den 20. Februar 2022, verstorben ist.
- Am Donnerstag, den 24. Februar 2022, starb ein Kind namens Makilon Tabuni nachdem es von Polizei und Militär in Sinak, Landkreis Puncak, gefoltert worden war.

Prada Kristian Sandi Alviando verlor seine Schusswaffe des Typs SS2 in der Nähe des Flughafens Tapulinik im Sinak Sub District, Landkreis Puncak. TNI und Polizei verfolgten und durchsuchten eine Reihe von Häusern und verbrannten einen Honai (traditionelle Hütte). Sie verhafteten sieben Grundschüler und brachten sie zu einem Militärposten in der Nähe des Flughafens, wo sie verhört und gefoltert wurden. Danach wurden sie in das Polizeibüro in Sinak gebracht. Noch am gleichen Tag verstarb Makilon Tabuni.

- Blok Wabu: Am Mittwoch, den 9. Februar 2022, protestierten Studenten der Front Papuan in Bali und Java vor dem Abgeordnetenhaus in Jakarta. Sie lehnten die Blok Wabu Mine in Intan Jaya ab und forderten die Regierung auf, die Zukunft des Moni-Stammes, der in dem zu erschließenden Bergbauegebiet lebt, zu bedenken und zu berücksichtigen.

Aus diesen Ereignissen können wir ersehen, dass das Sicherheitskonzept, auf das sich die Zentralregierung verlässt, nur dazu geführt hat, dass die Zahl der Todesfälle unter den Papuas gestiegen ist. Die Zivilgesellschaft und sogar Kinder werden Opfer der militärischen Operationen. Besonders im Hochland müssen Papuas vermehrt ihre Häuser oder ihre Dörfer verlassen und suchen Schutz vor dem bewaffneten Konflikt. Die Häuser der Dorfbewohner wurden oftmals abgerissen und verbrannt. Öffentliche Einrichtungen wie Regierungsbüros, Gesundheitszentren und Schulen wurden von den Sicherheitskräften als ihre Posten besetzt. Lehrer, Gesundheitspersonal und öffentliche Bedienstete können ihren Aufgaben nicht mehr nachkommen. Die Zivilgesellschaft kommt nicht zu ihrem Recht und kann keine Dienstleistungen für ihre Grundbedürfnisse in Anspruch nehmen.“

*Diese Zusammenfassung der wichtigsten Ereignisse der ersten drei Monate im Jahr 2022 ist eine weibliche Stimme aus Papua und unsere erste Stimme in unserer neuen Publikationsreihe „Stimmen aus Papua“. Die Veröffentlichung dieser Stimme erfolgt anonym.



„Gegen die Kultur des Schweigens“

Frauen aus Papua sprechen durch die Literatur

von Maria Niester Insoraki Komboy

Einleitung

Die Informationen darüber, was „Frauen aus Papua“ an vielen Orten tatsächlich erleben und wie sie sich aus der Realität der Kultur des Schweigens in Papua erheben, zeigt uns, dass die politischen Rechte, die sie heute genießen, keine Selbstverständlichkeit sind. Gewalt, Gräueltaten, Grausamkeit, Ungerechtigkeit und Menschenrechtsverletzungen haben oft mehr mit dem Schweigen der Opfer zu tun als mit Betrug oder der Gier anderer. (Budi Susanto, S.J, 2003:6)

Die Genealogie von Folter und Gewalt in „Politics of Torture and Reimagining Peacebuilding in Papua, Indonesien“ beschreibt ausführlich die Gewalttäter, die Gewalt und deren negative Auswirkungen in Papua. Papua wird oft mit dem Begriff „Himmel, der auf die Erde fiel“ umschrieben. So auch im Lied „Ich bin Papua“. Ein Zitat aus diesem Lied lautet: „Das Land Papua, Land, das reich ist, ein kleines Paradies, das auf die Erde fiel, sein Land, so weit und voll von Honig, es ist ein Schatz der Hoffnung“. Überraschenderweise bergen der Reichtum und die natürliche Schönheit Papuas eine Vielzahl von traurigen, tragischen Geschichten. Es wird gezeigt, wie Frauen mit den Tragödien der Gewalt, die sie erfahren haben, umgehen und auf sie reagieren. Es geht nicht nur um körperliche Gewalt, sondern auch um ihre Erinnerungen im Umgang und der Interpretation von Gewalt.

Eines der sozialen Phänomene von Gewalt ist die Weitergabe und Reproduktion (Wiederholung

oder Erzeugung) von Gewalterinnerungen. Die Weitergabe von Erinnerungen findet in der Gemeinschaft statt und erzeugt einen „Erzählkampf“ mit unterschiedlichen Interessen. Die Erfahrungen erlittener Gewalt dürfen nicht isoliert von den Machtverhältnissen betrachtet werden. Macht ist ein direktes Ergebnis von Trennung, Ungleichheit und Ungleichgewicht oder Diskriminierung. Macht bildet die rechtlichen und politischen Strukturen und sozialen Regeln, um eine Herrschaft zu legitimieren und das Weiterbestehen von Gehorsam sicherzustellen. Ihre negativen Machtmerkmale sind Gewalt, Unterdrückung oder ideologische Manipulation. Macht ist weder eine Institution noch eine Struktur noch eine Kraft, die man besitzt. (I Ngurah Suryawan, 2017).

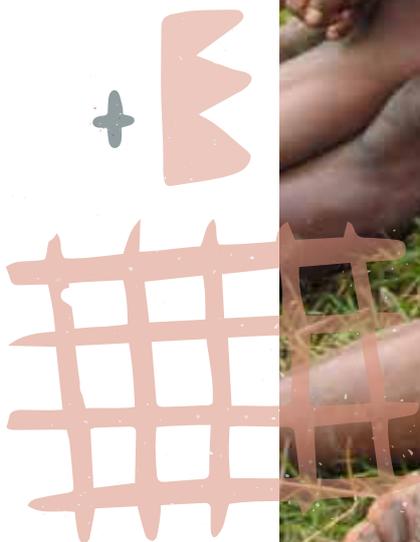
Haluk erwähnt in dem Buch „Nyanyian Sunyi“ [„Stille Lieder“] ein Gedicht mit dem Titel „Nicht“, ein Versuch, den psychologischen Zustand indigener Papuas zu verstehen, indem sie veraltete Denkweisen und Vorurteile richtigstellt.

Die Ausübung der Macht hat in Papua dazu geführt, dass die Stimmen nach Gerechtigkeit weiter schweigen. Die Papuan Women’s Working Group (PWG) hat in einer Studie 170 Frauen befragt, von denen 64 Gewalt erfahren hatten. Dabei handelte es sich sowohl um staatliche Gewalt, die durch die Politik oder von Staatsbeamten begangen wurde, als auch um häusliche Gewalt in der Familie oder im täglichen Leben von Frauen. Die Ergebnisse der Studie beschreiben verschiedene Formen von Gewalt: erstens willkürliche Inhaftierung;

„Stilles Lied“

*Schreib einfach den Sturm und den Lyrik
deines traurigen Liedes auf
Auf einem stummen Blatt Papier
Wenn deine Stimme nur eine taube Wand trifft,
Streichle das Herz das vor Gier versteinert ist,
Steche mit dem Dolch, zerreiße das Gewissen
mit deinem Stift
Teile deine Trauer mit Worten
Denn Worte sind deine letzte Waffe*

Sentani, 18. November 2018





zweitens Folter; drittens Erleben von Schüssen; viertens sexuelle Übergriffe; fünftens Festnahme von Ehemännern oder Familienmitgliedern; sechstens, Ehemänner oder Familienmitglieder, die vermisst oder getötet wurden; und siebtens der Verlust oder die Zerstörung von Eigentum. Von den 170 Frauen haben 40 Frauen staatliche Gewalt oder Menschenrechtsverletzungen erlebt. (PWG, 2017). Die Gewalt dient als Zwangsmittel des Schweigens.

Anhänger rechtsliberaler Ideologie betrachten Gewalt als wirksames Mittel zur Verteidigung des kapitalistischen Regimes und wirtschaftlicher Interessen. Macht konzentriert sich laut Arend nicht auf eine Person, sondern auf eine Gruppe. (I Ngu-rah Suryawan, 2017: 9). Macht und Gewalt sind wie „Geister“, welche die Kultur des Schweigens erschaffen. Die Entscheidung, zu schweigen und nicht zu sprechen, ist eine Entscheidung, inmitten der andauernden Diskriminierung in Papua zu überleben. Die Frauen in Papua sind von der politischen Situation in Papua und von der zusätzlichen Unterdrückung durch die staatliche Politik besonders betroffen. Die Forschung der Papuan Woman's Group (PWG) sammelt die leisen Stimmen von Frauen. Eine Frau aus Wamena, die 1977 eine Militäroperation erlebte, erzählte:

„Meine Mama hatte oft Kopfschmerzen, weil sie sich erinnerte wie Papa Opfer des Krieges wurde (1977-1978). Einer ihrer Söhne starb ebenfalls (2005) weil er von Soldaten getötet wurde. Eines ihrer Ohren schmerzte oft und sie kann nicht mehr gut hören. Mein Herz schmerzt, dass meine Familienmitglieder zu Opfern geworden sind. Also habe ich im Wald gelebt und bin erst später wieder zurückgekehrt. Ich habe zwei Finger (rechts) verloren und mein Körper ist oft schlaff. Die vier Finger an meiner linken Hand wurden nach dem Tod meines Bruders aus Trauer abgetrennt. Er wurde von Soldaten erschossen.“ (PWG, 2017).

Es ist sehr wichtig, dass die Erzählungen und die Geschichten direkt von den Überlebenden gewalttätiger Tragödien geschildert werden. Die PWG-Forschung hat die Augenzeugenberichte von gewalttätigen Ereignissen in ganz Papua zusammengestellt, damit das Schweigen gebrochen

werden kann. So ergab sich die Gelegenheit, den grausamen Umgang mit Frauen zum Ausdruck zu bringen.

Frauen aus Papua und Literatur

Die Kultur des Schweigens, wie sie als Reaktion auf den Umgang mit Gewalt gegen Opfer sehr verbreitet ist, wird nun langsam durch die Stärke von Schriftstellerinnen gebrochen. Literatur ist für die Frauen ein Medium, um ihre Lebenserzählungen zu verarbeiten und diese weiterzugeben. Zwei Frauen aus Papua, die hier aufgrund ihrer Arbeit angeführt werden, sind Aprilia Wayar und Ester Haluk. Beide verwenden Literatur, um in Romanen und Gedichten über die Erfahrungen von Frauen zu berichten. Das Hauptthema ihrer literarischen Werke ist die staatliche Gewalt gegen das Volk der Papua und wie sie sich auch auf das Leben der Frauen in Papua auswirkt.

Aprilia Wayar wurde am 15. April 1980 in Jayapura geboren. Sie ist Journalistin und Autorin in Papua die einen Frauenroman mit dem Titel „Mawar Hitam tanpa Akar“ [„Schwarze Rose ohne Wurzeln“] geschrieben hat. Ihre Kindheit war aufgrund des Einflusses ihrer Eltern, die beide Lehrer waren, von einer Liebe zur Literatur und zu Büchern geprägt. So erschienen die ersten literarischen Arbeiten in Form von Kurzgeschichten im School Wall Magazine, während sie zur christlichen BPK Penabur Mittelschule in Tasikmalaya, West Java, ging. Spätere Texte, bei denen es sich ebenfalls um Kurzgeschichten handelt, wurden im Kirchenblatt der GKI Veterans Tasikmalaya veröffentlicht. Parallel zur Diplomarbeit entstand der erste Roman „Mawar Hitam, tanpa Akar“. Es ist die Entscheidung, über die dunkle Vergangenheit zu schreiben, und eine Bemühung, die Zukunft durch literarische Werke, nämlich Romane, zu erhellen. Den Grund für das Aufgreifen vergangener Erfahrung im Roman beschreibt sie wie folgt:

„Ich habe mich für einen Roman entschieden, weil ich den Roman für das relevanteste Medium halte, um die nationale und internationale Öffentlichkeit und alle gesellschaftliche Schichten über die wahre Situation in Papua aufzuklären. Viele akademische Schriften berichten nicht über

sensible Themen, während journalistische Texte meist nur von der oberen Mittelschicht gelesen werden. Gedruckte Romane können von allen Gesellschaftsschichten gelesen werden, auch wenn kein Zugang zum Internet oder Stromnetz besteht.“ (WhatsApp Interview, 10. April 2022)

In ihrem Roman verwendet Wayar die Erzähltechnik „des allwissenden Erzählers in der dritten Person“, welche den Erzähler, der alles weiß was in der Handlung passiert und passieren wird, außerhalb der Geschichte positioniert.

Wayar verweist in ihren Werken auf historische Ereignisse. Damit wird ihr Roman auch zum Lehrmittel von Geschichte für die Leser von heute. So steht in ihrem Roman zum Beispiel: „Base G ist ein Ort, der immer noch den Namen der Alliierten Armee der Vereinigten Staaten während des Zweiten Weltkriegs trägt ...“ (Aprila Wayar, 2013:3)

Wayar hat in ihren Werken „Mawar Hitam tanpa Akar“, „Tambo Bunga Pala“ [„Muskatblumen Tambo“] und „Hutan Rahasia“ [„Geheimer Wald“] einen neuen Raum erschaffen, welcher Frauen in Papua die Möglichkeit bietet, in der Öffentlichkeit aufzutreten. Bei der Figur Anna handelt es sich um eine junge Frau aus Papua, die hart mit ihrer Vergangenheit kämpft und zugleich eine Karriere im Herzen der Provinzregierung Papuas verfolgt. Im Roman „Tambo Bunga Pala“ erzählt Wayar von der Figur Rindu, einer unabhängigen Frau, die ebenfalls mit ihrer Identität und der Vergangenheit ringt.

„Ich fühlte mich erneut unsicher, vielleicht trifft das Wort verwirrt dieses Mal besser auf meine Gefühle zu... Nun, ich vermisse Papua, aber dorthin zurückzukehren, ist dasselbe, als würde man auf erneut dem einsamen Weg ohne Ende gehen.“ (Aprila Wayar, 2020:9)

Naura und ihre beste Freundin Sofia sind zwei junge Frauen aus Papua, die ihre Träume durch Bildung verwirklichen wollen und eine herzerreißende Liebesgeschichte erleben. Wayar verweist immer auf den Traum von zwei Frauen aus Enggros, die verfolgt werden und wirtschaftlich

nicht in der Lage sind, im Ausland oder in Jayapura zu studieren. Das Einkommen der Frauen aus Enggros reicht nicht aus, um eine akademische Ausbildung zu absolvieren, also kämpfen die beiden gemeinsam darum, ihre Träume zu verwirklichen.

„Ich wurde an der New South Wales University in Australien angenommen. Unser Gespräch an diesem Nachmittag lief gut und gab mir Energie. Sofia wurde in die juristische Fakultät und ich in der Anthropologie angenommen. Zwei Wissenschaften, die in unserem Grundstudium keine Übereinstimmungen haben werden, aber immerhin leben wir in der gleichen Provinz. Es besteht also weiterhin die Möglichkeit, sich gegenseitig zu besuchen“ (Aprila Wayar, 2020: 128-129)

Andere literarische Werke als Romane, nämlich Gedichte, wurden von einer anderen indigenen Frau aus Papua, nämlich Ester Haluk, geschrieben. In ihrem täglichen Leben als Dozentin an der kirchlichen Hochschule „Walter Post“ in Sentani, ist sie auch die Sekretärin der Abteilung für Frauenarbeit in der Tabernakel Kirche Papuas (KINGMI). Die Liebe zum Lesen war ihr „Auslöser“ zum Schreiben. Anfangs war ihre literarische Tätigkeit nur ein Hobby, doch 2021 veröffentlichte sie erstmals eine Gedichtsammlung mit dem Titel „Nyanyian Sunyi“ [„Stille Lieder“].

„Ich möchte auf eine andere Art, mit einer anderen Ausdrucksweise über Papua erzählen. Aus meiner Erfahrung als Frau in Papua habe ich verstanden, wie wichtig die Rolle der Literatur für Frauen in Papua ist. Es ist eine andere Möglichkeit, Geschichten über uns selbst zu erzählen, die Menschen dazu inspirieren können, unsere Gefühle zu teilen, und das kann nur durch Literatur geschehen.“ (WhatsApp Interview, 10. April 2022)

Haluk betont den Aspekt der Intuition als Motivation zum Schreiben. Die 40 Gedichte, die in der Sammlung mit dem Titel „Nyanyian Sunyi“ [„Stille Lieder“] veröffentlicht wurden, sind voll von herzerreißenden Schilderungen. Die Schlichtheit der verwendeten Sprache, Symbole und Metaphern haben das bisher vorherrschende Schweigen durchbrochen. Diese beiden Frauen

zeigen ihre Stärke. Die Bücher sind Teil der Notizen von I Ngunah Suryawan über die Bedeutung der Erzählung bei humanitärer Arbeit und Engagement. (Ester Haluk, 2021). Gewissen und Wissen sind miteinander verflochten und gehen Hand in Hand - ohne sich gegenseitig zu dominieren. Das Gewissen wandelt stets auf einem stillen Weg. Es ist wie eine Kerze, die den Weg für die humanitäre Arbeit weist.

Der Inhalt von Haluks Gedichten thematisiert die Realität menschlicher Gier und den Verlust des Rechts auf Leben. In dem Gedicht „Nyanyian Sunyi Manbefor“ werden die Missstände der Menschen in Papua beschrieben, derer sich aber niemand annimmt. „Manbefor“ beschreibt die Realität der Hilflosigkeit inmitten des Fortschritts, der durch Reichtum gekennzeichnet ist. Haluk ermutigt den Leser zu verstehen, wie Gier funktioniert und einen Lebensstil hervorbringt, bei dem „Körper und Seele freiwillig an Diebe und Räuber verpfändet werden, die sie gierig wie Fleisch und Knochen verschlingen“. Der Reichtum der menschlichen Kultur wird als Symbol verwendet, um die Kultur der Stille zu zerschlagen.

Mit ihrem unverwechselbaren literarischen Stil schreibt Haluk über die dunkle Vergangenheit und enthüllt die schlechten Seiten einer Lüge welche im Pragmatismus wurzelt, eine Zerbrechlichkeit, welche die Menschen zu Opfern macht, wie das Zitat aus dem Gedicht „Das Gewissen befindet sich immer auf dem einsamen Weg“ zeigt. Selbst wenn das Gewissen wie eine Kerze ist, die den Weg der humanitären Arbeit und sogar unserer Leben in der Zukunft weist. Seltsamerweise belügen wir das Gewissen oft.

Literarischer Kontext

Literatur ist sowohl für Frauen aus Papua als auch für den Leser und für die Autorinnen selbst ein Medium, um traumatische Erlebnisse zu verarbeiten. Fast alle Frauen in Papua sind durch verschiedene Arten von Gewalt traumatisiert worden, insbesondere durch strukturelle Gewalt - sowohl

physischer als auch verbaler Art. Sie benötigen ein Medium, um sich auszudrücken und zu zeigen, dass es sie gibt. Ironischerweise gibt es junge Menschen in Papua, die ihre eigenen Brüder und Schwestern verraten. Ngunah bezeichnet sie als diejenigen, die Rupiahs und Macht erbeuten und als politische Raubtiere, die jede Möglichkeiten ausnutzen, die der Staat und die Macht bieten. Zusammen mit den Eliten in Jakarta bilden sie ein Netzwerk, welches von Interessen gelenkt wird und nicht davor zurückschrecken, sich an seinen eigenen Brüdern und Schwestern zu bereichern.

Fazit

Gegen die Kultur des Schweigens. Wenn Frauen aus Papua durch Literatur sprechen, ist dies ein Teil von Papua und zeigt, wie Wissen von Außenstehenden eingeführt wurde, welches wiederum selbst die Macht des Wissens über das Land Papua erschuf. Schaffung von Wissen darüber, wie Papua Teil eines kolonialistischen Regimes wurde, das sich für zivilisierter hielt als die Papuas. So werden die Papuas in der Ausübung ihrer Freiheit daran gehindert, sich selbst zu definieren, um Wissen zu erlangen und die Welt zu interpretieren. Macht zu benutzen, um Kultur zu legitimieren, ist eine sehr kolonialistische Vorgehensweise. Es ist die Macht des Wissens, die das Volk der Papuas daran hindert sich selbst zu definieren. Wenn sich Papuas frei äußern, werden sie schnell als Separatisten stigmatisiert, besonders wenn der Staat die Legitimation seiner Macht gefährdet sieht. So entstand eine Kultur des Schweigens inmitten der Gesellschaft, in der Äußerungen zur eigenen Identität und Kultur unterdrückt werden. Die Stille inmitten des Lärms haben Schriftstellerinnen wie Wayar und Haluk dazu bewegt, das Gewissen aller im Namen ihres Volkes mit ihrem Stift zu berühren. ●





Papua-Frauen und Digitalisierung

Eine Zwischenbilanz

von Dr. Els Tienke Rieke Katmo

Am 9. Juni 2022 hatte ich die Gelegenheit bei einer Veranstaltung zur Vorbereitung auf den G20-Gipfel zum Thema Frauen Empowerment und Digitalisierung als Referentin zu sprechen. Bei der Veranstaltung ging es um

1. Die Koordinierung von Ausstiegsstrategien zur Unterstützung der globalen Erholung;
2. Bemühungen zur Bewältigung der Auswirkungen der Pandemie auf die Wirtschaft, um ein stärkeres Wachstum in der Zukunft zu unterstützen;
3. Stärkung der Zahlungssysteme im digitalen Zeitalter;
4. Entwicklung eines nachhaltigen Finanzwesens;
5. Verbesserung eines inklusiven Finanzsystems; und
6. Eine internationale Steueragenda.

Ich wurde gebeten, die oben genannten Themen mit dem Thema Frauen zu verknüpfen, besonders in Bezug auf Frauen in ländlichen Gebieten und Frauen mit Behinderungen. Der Schwerpunkt des mir übergebenen Materials lag auf der Stärkung von Frauen in ländlichen Gebieten durch Digitalisierung, insbesondere der Digitalisierung des Zahlungsverkehrs gemäß dem dritten Thema, nämlich der Stärkung des Zahlungssystems im digitalen Zeitalter.

Da es bei der Veranstaltung nicht genug Zeit gab, dieses wichtige Thema ausreichend zu erörtern – es handelte sich um ein Talkshow-Format – war es mir wichtig, meinen Gedanken zur Stärkung der Rolle von Frauen in ländlichen Gebieten und der Digitalisierung von Finanzsystemen mehr Raum zu geben.



Drei Mädchen in traditioneller Kleidung (Foto: Marion Struck-Garbe)

Als Teil der globalen Gemeinschaft sind Papuas, ob es ihnen gefällt oder nicht, Teil des Weltwirtschaftssystems, das auf Informationstechnologie oder der sogenannten digitalen Wirtschaft beruht. Daher muss die Digitalisierung der Landwirtschaft in Westpapua ernsthaft durch landwirtschaftliche Entwicklung mit einer Gender-Perspektive vorbereitet werden. Es gibt immer noch viele Probleme, die durch das Scheitern der landwirtschaftlichen Entwicklung in Westpapua verursacht werden, zum Beispiel politische Entscheidungen und Entwicklungsprogramme, die die indigenen papuanischen Bauern, vor allem die papuanischen Bäuerinnen, nicht begünstigt haben. Daher müssen Gender Mainstreaming und Parteinahme für die indigenen Papuas bei der landwirtschaftlichen Entwicklung in Westpapua ernst genommen werden.

Women Empowerment ist die Befähigung an Frauen, sich selbst zu helfen. *Empowerment* zielt darauf ab, die Macht von Menschen zu stärken, die schwach sind (Ife, 1995). *Empowerment* in diesem Sinne beinhaltet zwei Schlüsselwörter, nämlich Macht und „schwache“ Gruppen oder marginalisierte Gruppen. Eine andere Definition von *Empowerment* bezieht sich auf Bemühungen, Macht durch sich verändernde soziale Strukturen neu zuzuweisen (Swift und Levin, 1987). Macht bezieht sich nicht nur auf Politik, sondern auch auf Kontrolle. Frauen in ländlichen Gebieten sind in diesem Zusammenhang eine marginalisierte Gruppe. Dieser Wandel der Gesellschaftsstruktur beinhaltet auch Veränderungen in den intersektionalen Geschlechterverhältnissen mit der Seite der indigenen papuanischen Frauen als Randgruppe.

Frauen in verschiedenen ländlichen Regionen sind stark mit dem Agrarsektor verbunden, ebenso wie die Mehrheit der papuanischen Frauen in ländlichen Gebieten, die von der Subsistenzlandwirtschaft abhängig sind. Papua-Frauen in der Subsistenzlandwirtschaft spielen eine wichtige Rolle, insbesondere bei der Sicherung der Familienernährung. Auch spielen papuanische Bäuerinnen eine wichtige Rolle bei der Entwicklung nachhaltiger Landwirtschaft. Umweltfreundliche Anbausysteme werden durch ihr Farmmanagement mit geringen Inputs und basierend auf lokalem Wissen (indigenes Wissen) unterstützt.

Die indigene papuanische Subsistenzlandwirtschaft in Westpapua weist im Allgemeinen die folgenden Merkmale auf: es handelt sich meist um kleine Landflächen, die im Allgemeinen weniger als 0,2 Hektar betragen, mit einem gemischten landwirtschaftlichen Muster, das im Allgemeinen dazu bestimmt ist, den Lebensunterhalt oder Familienernährung zu decken (nur das Überschüssige wird verkauft). Dies bedeutet, dass die Landwirtschaft in Papua, die von indigenen papuanischen Bauern betrieben wird, im Allgemeinen nicht kommerziell orientiert ist. Zudem gibt es einen Mangel an Arbeitskräften zur Unterstützung der landwirtschaftlichen Aktivitäten sowie Kapital für Kleinunternehmen. Im Allgemeinen haben Bauern, insbesondere papuanische Bäuerinnen, ein

niedriges Bildungsniveau (keinerlei Schulbildung oder nur die Grundschule). Die Bäuerinnen leiden unter einer hohen Arbeitsbelastung, da sie zusätzlich zur landwirtschaftlichen Arbeit ihre Energie in die Familie und soziale Aktivitäten stecken. Sie haben nur begrenzten Zugang zu Informationen, ihre Mobilität ist gering. Aufgrund all dieser Faktoren kann das landwirtschaftliche Kapital nur schlecht verwaltet werden. Im Allgemeinen sind Papua-Frauen aus ländlichen Gebieten nicht nur Produzentinnen, sondern auch Vertreiberinnen. In städtischen Gebieten fungieren Papua-Frauen als Händlerinnen von landwirtschaftlichen Produkten. Alle wirtschaftlichen Transaktionen finden immer noch auf traditionellem Wege statt, wo der Transaktionsprozess zwischen Käufer und Verkäufer direkt stattfindet (Person zu Person) und mit Bargeld bezahlt wird. Papua-Frauen, sowohl als Produzentinnen als auch als Händlerinnen, haben die Informationstechnologie bisher nicht zur Unterstützung ihrer wirtschaftlichen Aktivitäten eingesetzt und konnten die Vorteile daher nicht genießen. Für die meisten papuanischen Bäuerinnen ist das Sparen keine Option, oder es wird nicht als Option gesehen. Dies zeigt das übliche Finanzmanagement der Familie, das keine finanzielle Sortierung nach landwirtschaftlichem Kapital, Ausgaben für den Lebensunterhalt der Familie und anderen sozialen Bedürfnissen vorgenommen hat.

Eine unzureichende unterstützende Infrastruktur für landwirtschaftliche Aktivitäten wie fehlende Mechanisierung und nicht richtig entwickelte Agrartechnologie ist ein Hindernis für die Verbesserung des Wohlergehens der Landwirtinnen und Landwirte. Die Digitalisierungsbemühungen der indonesischen Regierung zur Beschleunigung des Wirtschaftswachstums würden vor Vorteil sein, wenn sie durch fortschrittliche landwirtschaftliche Technologieinfrastruktur, insbesondere Informationstechnologie, unterstützt würden. Die Probleme der papuanischen Bäuerinnen bei der Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion, dem Ernte-Management und der Vermarktung, könnten durch die Einführung der Informationstechnologie zumindest minimiert werden. Das Internet kann von den papuanischen Bäuerinnen als





Informations- und Wissensquelle, Marktplatz für die Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte, Zahlungsverkehr etc. genutzt werden. Wenn dies jedoch auf landwirtschaftliche Aktivitäten angewendet werden soll, um papuanischen Bäuerinnen zu helfen, müssen viele Aspekte zunächst mit Bezug auf die Merkmale papuanischer Bäuerinnen und den sozialen, kulturellen und politischen Kontext in Papua entwickelt werden.

Die Digitalisierung der Landwirtschaft für papuanische Bäuerinnen ist eine Innovation. Die Entscheidung einer Person, eine Innovation zu übernehmen, wird durch ihre Bewertung der Innovation bestimmt. Einige wichtige Dinge, die das Potenzial haben, die Annahme von Innovationen zu beeinflussen, müssen berücksichtigt werden, bevor die Innovation „Digitalisierung der Selbstbestimmung von papuanischen Bäuerinnen“ eingeführt wird:

1. Sozialisierung über die Vorteile der Digitalisierung, Innovation, wirtschaftliche Stärkung der papuanischen Bäuerinnen, insbesondere über die wirtschaftlichen Vorteile durch die Anwendung dieser Innovation. Es fehlt bisher an Wissen darüber, dass Produktions- und Marketing-Kosteneffizienz eintreten würden, wenn es einen Marktplatz für die Produkte papuanischer Frauen gäbe, der von einer größeren Reichweite, digitalen Transaktionen und virtueller Transaktionssicherheit gekennzeichnet ist.
2. Verbesserung des Zugangs papuanischer Bäuerinnen zur Informationstechnologie: Kenntnisse über Informationstechnologie, Minimierung der Nichtakzeptanz der Innovation durch Minimierung der Komplexität der Innovation, Berücksichtigung der Eignung der Innovation in Bezug auf die sozialen und kulturellen Bedingungen der Gemeinschaft. Die meisten papuanischen Bäuerinnen mit niedrigem Bildungsniveau können nicht oder kaum lesen, schreiben und rechnen. Daher muss die digitale Innovation an die Bedürfnisse der papuanischen Frauen angepasst werden, indem beispielsweise der Gebrauch von Schrift reduziert und durch Audiothechnologie ersetzt wird.

3. Das Interesse papuanischer Bäuerinnen, zu sparen und Bankeinrichtungen zu nutzen, muss gesteigert werden. Es wird angenommen, dass das geringe Interesse am Sparen eng mit der Fähigkeit der Frauen zusammenhängt, lesen, schreiben und rechnen zu können.
4. Eine stabile, starke und kostengünstige Internetverbindung wird gleichermaßen in mehreren ländlichen Gebieten benötigt, insbesondere in Gebieten, die Produktionszentren sind, die durch Infrastruktur der Informationstechnologie unterstützt werden können.
5. In einigen ländlichen Gebieten gibt es keine ausreichende Energieinfrastruktur. Das Stromnetz muss ausgebaut und verbessert werden.
6. Die politische Dynamik im Allgemeinen in Westpapua ist ein Hindernis für die Digitalisierung. Zu bestimmten Zeiten, wie vor dem 1. Dezember (dem sogenannten Unabhängigkeitstags Westpapas, wo viele Massenaktionen stattfinden) wird die Internetverbindung vorsätzlich in vielen Regionen Westpapas unterbrochen. Dies ist ein Versuch der Zentralregierung, die Verbreitung von Informationen über Menschenrechtsverletzungen in Papua einzuschränken. Dies wird die internetbasierte Wirtschaftstätigkeit in Westpapua weiter stören.
7. Der Abbau anderer kultureller Barrieren wie die Verbesserung der Geschlechterbeziehungen, um die Kontrolle der Frauen über die von ihnen verwalteten produktiven wirtschaftlichen Aktivitäten zu erhöhen, ist dringend notwendig. Empowerment von Frauen in Westpapua ist auch Männersache.

Wenn papuanische Bäuerinnen richtig darauf vorbereitet sind, auf die Digitalisierung der Weltwirtschaft zu reagieren, wird dies das Wirtschaftswachstum fördern und indirekt das Wohlergehen der papuanischen Bevölkerung verbessern. ●

***Dr. Els Tieneke Rieke Katmo** ist Dozentin für Sozioökonomie der Landwirtschaft an der Fakultät für Landwirtschaft der Universitas Papua in Manokwari.



Ein seltener Sieg

Der Kampf der Moi gegen die Konzerne

von Natalia Yewen und Amelia Puhili

Zwischen den Hoffnungen und Sorgen über den fehlenden Schutz der indigenen Bevölkerung in Westpapua und der Flut an Investoren wächst auch der Widerstand in Westpapua gegen Investitionsprojekte, die die Umwelt zerstören und die Rechte Indigener missachten. Ein indonesisches Sprichwort lautet sinngemäß: „je stärker der Einsatz, desto besser das Ergebnis“.

Im Laufe des Jahres 2021 erhielten Gemeinden mit Gewohnheitsrechten an mehreren Orten in der Provinz Papua Barat gute Nachrichten. Die Provinzregierung von Papua Barat evaluierte 24 landwirtschaftliche Unternehmen mit einer Gesamtfläche von 576.090,84 Hektar und kam zu dem Ergebnis, dass die Landkreisregierungen einen Widerruf der erteilten Genehmigungen für die Palmölplantagen in Erwägung ziehen sollten.

Die Pusaka-Stiftung dokumentierte, dass etwa zwölf Unternehmen in mehreren Landkreisen in Papua Barat die Lizenzen entzogen wurden. Die Landräte haben sich verpflichtet, die ehemaligen Konzessionen an die örtliche indigene Bevölkerung zurückzugeben, damit sie gemeinsam verwaltet werden können. Die Bezirksregierung von Sorong ist eine von ihnen.

Im April 2021 widerriefen sie die Standortgenehmigung, die Umweltgenehmigung und die Geschäftserlaubnis für Plantagen von vier Palmölunternehmen, die sich im Gebiet der indigenen

Bevölkerung der Moi im Landkreis Sorong befinden, nämlich; PT Inti Kebun Lestari in den Distrikten Salawati, Klamono und Segun mit einer Fläche von 34.400 Hektar, PT Cipta Papua Plantation im Distrikt Segun mit einer Fläche von 15.571 Hektar, die PT. Papua Lestari Abadi ist in den Distrikt Mariat und Sayosa tätig und die Plantage erstreckt sich über eine Fläche von 15.631 Hektar und die 40.000 Hektar großen Palmölplantage der PT. Sorong Agro Sawitindo befindet sich in den Distrikten Segun, Klawak und Klamono. Als Reaktion auf den Widerruf der Genehmigung wurden der Landrat von Sorong und der Leiter der Sorong Regency One Stop Investment and Services Agency am 2. August 2021 von drei Palmölunternehmen vor Gericht in der Staatsverwaltung von Jayapura verklagt, nämlich von PT Sorong Agro Sawitindo, PT Papua Lestari Abadi und PT Inti Kebun Lestari.

Die Klage und der Prozess wurden aufmerksam von der Bevölkerung verfolgt. Jugendverbände, religiöse und traditionelle Führer, Lokalpolitiker und weitere Gruppen unterstützten die Bemühungen des Landrats von Sorong. Darüber hinaus reichten die indigenen Gruppen, denen die betroffenen Gewohnheitsländereien und Gewohnheitswälder gehören, eine Erklärung ihrer Unterstützung für den Widerruf der Genehmigungen für Ölpalmenplantagen durch die Beklagten ein und lehnten die Anwesenheit der Unternehmen ab. Das Schreiben wurde von den Anwälten der Beklagten im Prozess

als Beweismittel vorgelegt. Des Weiteren hielt das Volk der Moi am 14. und 15. Oktober 2021 auch eine Zusammenkunft des Traditionsrates und legte einen Eid nach traditionellem Brauch ab, um ihre Unterstützung für den angeklagten Landrat zu zeigen.

Die Zusammenkunft und der Eid ist die traditionelle Art der Moi, mit Konflikten umzugehen. Die Klage gegen den Landrat war eine große Motivation für den Stamm, seine Unterstützung öffentlich durch vielfältige Aktionen zu zeigen. Die Zusammenkunft wurde von *Nedinbulu*, einem traditionellen Richterrat, geleitet. Die *Nedinbulu* hörten sich die Wünsche der Bevölkerung an und erhielten Berichte von den Organisationen, die am Rechtsbeistand für die Beklagten beteiligten waren. Nachdem die *Nedinbulu* sich beraten hatten, wurde dem Landrat von Sorong die volle Unterstützung zugesprochen. „Die Unternehmen haben ihre Bestrebungen auf unserem Land zu unterlassen, da sie sonst von uns mit einem Fluch belegt werden“, so Silas Kalami, Vorsitzender des Indigenenrats der Malamoi.

Beim Prozess vor dem Amtsgericht beschlossen die Richter am 7. Dezember 2021, der Klage der Unternehmen in großen Teilen nicht stattzugeben. Dabei handelte es sich um den Punkt der Standorterlaubnis. Im Falle der PT Sorong Agro Sawitindo dan PT Papua Lestari Abadi wurde die Klage gegen den Widerruf von Entscheidungen in Bezug auf die ökologische Durchführbarkeit und die Plantagen-Geschäftserlaubnis des Unternehmens vollständig abgelehnt.

Anfang Januar kam die nächste Gute Nachricht: das Verwaltungsgericht in Jayapura wies die Klage der PT. Inti Kebun Lestari ab. Das Unternehmen hatte den Leiter des Amtes für Lizenzierungs- und Investitionsdienste verklagt, Konzession für die Palmölplantage entzogen zu haben. Das Unternehmen hat daraufhin vor dem Höheren Verwaltungsgerichtshof Makassar Berufung eingelegt.

Das Verwaltungsgericht in Makassar entschied, dass die Nicht-Einhaltung der Vorgaben durch die Unternehmen nicht sofort mit einer Aufhebung der Konzessionen hätte bestraft werden dürfen, sondern mit einer schriftlichen Mahnung, damit

mögliche Vergehen hätten korrigiert werden können.

Gegen diese Entscheidung geht die Regionalregierung von Sorong nun vor, in dem sie den Fall vor dem Obersten Gerichtshof bringt. Mehrere Nichtregierungsorganisationen wie Amicus Curiae, Yayasan Pusaka Bentala Rakyat; Greenpeace Indonesia; PD Aman Sorong Raya; und WALHI Papua unterstützen die Regierung Sorongs unter anderem mit juristischer Beratung. Sie argumentierten, dass es sich hier nicht um ein leeres Land handle - laut Regionalverordnung Nr. 10 aus dem Jahr 2017 zur Anerkennung und Schutz der Indigenen Bevölkerung gehört das Land dem Stamm der Moi.

Der von den Beklagten durchgeführte Widerruf von Genehmigungen ist Schutz und Anerkennung der Rechte indigener Völker. Die ablehnende Haltung der Öffentlichkeit und der gewohnheitsrechtlichen Eigentümer von Land im Konzessionsgebiet zeigt, dass sie nun nach gerichtlicher Bestätigung und dem Schutz ihrer Rechte verlangen. Der Richter des Obersten Gerichtshofs muss in diesem Fall ihre Meinung achten und die von indigenen Völkern zum Ausdruck gebrachten Wünsche nach Gerechtigkeit erfüllen.

Investitionen im Territorium indigener Völker erfolgen selten auf respektvolle und würdevolle Weise und führen zu Diskriminierung und Marginalisierung dieser Menschen. Nicht selten liegt die Ursache darin, dass die örtliche Regierung sich nicht auf die Seite der indigenen Bevölkerung, sondern auf die Seite der Konzerne stellt. Der Landrat von Sorong hatte den Mut, Maßnahmen zu ergreifen, indem er sich auf die Seite des Moi-Stammes stellte. Ein Durchbruch, der gewürdigt werden sollte, auch wenn der Weg zum Sieg für die indigenen Völker noch weit entfernt ist. Dieser Fall ist eine Lehre und eine Hoffnung, dass indigene Völker eines Tages selbstbestimmt in ihrem eigenen Land leben können. ●

***Natalia Yewen** und **Amelia Puhili** arbeiten bei der Stiftung Yayasan Pusaka Bentala Rakyat, die sich für die Rechte indigener Völker und für den Schutz der Umwelt einsetzt. Sie sind dort für Kommunikation und Kampagnen zuständig.

Gewalt gegen Frauen in Papua

Vorlage an den UN- Ausschuss für die Beseitigung jeder Form von Diskriminierung von Frauen (CEDAW)

**Erstellt von Nicht-
Regierungsorganisationen, die zu
Westpapua arbeiten¹, gekürzt und
übersetzt vom WPN**

Indonesien hat das Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) am 13. September 1984 ratifiziert. In Übereinstimmung mit CEDAW wird der Ausschuss zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (Ausschuss) den indonesischen Staatenbericht auf seiner bevorstehenden 80. Sitzung prüfen. Dieser Beitrag wird als Antwort auf die Einladung des Ausschusses an Nichtregierungsorganisationen (NGOs) vorgelegt und basiert auf der Liste der Themen und Fragen des Ausschusses in Bezug auf den achten periodischen Bericht Indonesiens und den Staatenbericht Indonesiens. Diese Vorlage enthält eine Bewertung der CEDAW-Umsetzung durch die indonesische Regierung in den Provinzen Papua Barat und Papua.

Indonesien hat in der Vergangenheit seine Vorlagen an den Ausschuss immer wieder verzögert, wie sein letzter regelmäßiger Überprüfungsbericht zeigt, der 2016 fällig war, aber erst 2019 vorgelegt wurde. Diese Nachlässigkeit behindert nicht nur die Überwachung und Bewertung durch zivilgesellschaftliche Organisationen und die internationale Gemeinschaft, sondern spiegelt auch Indonesiens mangelndes Engagement für die Verwirklichung der Rechte der Frauen in Indonesien wider.

Wie in dieser Stellungnahme hervorgehoben wird, kommt Indonesien seinen Verpflichtungen gemäß CEDAW bei weitem nicht nach, insbesondere in den Provinzen Papua Barat und Papua.

Die allgemeine Lage von Frauen in Westpapua

Seit 2012 hat es in Papua keine wesentlichen Verbesserungen bei der Umsetzung von CEDAW gegeben. Anhaltende Gewalt und Diskriminierung aufgrund politischer Stigmatisierung sind in Papua ein weit verbreitetes Problem, das sich zunehmend auf das Leben der Frauen in Papua auswirkt. Die Frauen in Papua leiden unter den Auswirkungen der anhaltenden Gewalt. Sie sind Opfer von Diskriminierung und Gewalt, einschließlich häuslicher und sexueller Gewalt, sowie von Gewalt im Rahmen von Entwicklungsprojekten geworden.

1 Asia Justice and Rights, Papuan Women's Working Group, KPKC Sinode GKI Di Tanah Papua, World Council of Churches, eL_AdPPer, ELSHAM Papua, Koalisi Perempuan Bergerak Selamatkan Manusia Papua, Yayasan Harapan Ibu Papua, P3W GKI, JERAT PAPUA, JUBI, LBH Kaki Abu, PUSAKA, Yadupa, and PAHAM Papua



Zwei Papua-Frauen (Foto: Marion Struck-Garbe)

In Konfliktsituationen haben Papua-Frauen die oben genannten Verstöße erlebt, darunter missbräuchliche Verhöre, Folter und sexuelle Gewalt. Papua-Frauen sind auch neuen Formen von häuslicher und gemeinschaftlicher Gewalt ausgesetzt. Obwohl die Zahl der von Papua-Frauen erlebten häuslichen Gewalt relativ hoch ist, werden nur wenige Fälle bei der Polizei angezeigt und noch weniger Fälle von der Justiz verfolgt.

Auch der Zugang zu Gesundheitsdiensten, einschließlich reproduktiver Gesundheitsdienste, ist für Papua-Frauen nach wie vor schwierig. Darüber hinaus bleiben Diskriminierung und Marginalisierung von HIV-positiven Papua-Frauen angesichts

der alarmierend hohen HIV/AIDS-Rate in Papua ein großes Problem. Darüber hinaus kämpfen die Frauen in Papua, die Opfer des Konflikts wurden, um ihr wirtschaftliches Überleben. Die Zerstörung von Eigentum, der fehlende Zugang zu Land und Lebensgrundlagen sowie der Ausschluss von Bildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten und grundlegenden Dienstleistungen untergraben ihr sozioökonomisches Wohlergehen.

Während der Pandemie ist auch die Zahl der Fälle von Gewalt gegen Frauen in Konflikten nicht zurückgegangen. Frauen, die häufig Proteste gegen Landraub und Entwicklung anführen, mussten direkt mit Gewalt durch Staatsbeamte und andere

Mitglieder der Gemeinschaft fertig werden. Mehrere Aktivistinnen wurden verhaftet und verbrachten einige Zeit im Gefängnis.²

Menschenrechtsverteidigerinnen in Papua sind bei der Verteidigung ihrer Rechte Risiken ausgesetzt. Einige Anwältinnen aus Papua werden von den Behörden eingeschüchtert, bedroht, terrorisiert und mit negativen Kommentaren konfrontiert, wenn sie ihre Rechte in Gerichtsverfahren verteidigen.

Die indigene Bevölkerung und insbesondere indigene Frauen, die sich für die Verteidigung ihres angestammten Landes einsetzen, werden häufig sowohl vom staatlichen Sicherheitsapparat als auch vom Unternehmen eingeschüchtert. Manchmal werden sie auch Opfer von Gewalt. Obwohl die Mehrheit der Opfer von Gewalt und Drohungen Männer sind, haben sie aufgrund patrilinear vererbter Praktiken häufiger Rechte an ihrem angestammten Land. Einschüchterungen und Gewaltandrohungen erhalten jedoch auch die Frauen und Kinder derjenigen, die für ihre Rechte kämpfen und sie bewahren wollen.³

Frauen und Kinder wurden aufgrund des Konflikts vertrieben, insbesondere in Nduga im Jahr 2018, Intan Jaya im Jahr 2020, Aifat im Jahr 2020 und zuletzt in Maybrat im Jahr 2021. Die Menschen in diesen Gebieten sind zu Binnenvertriebenen geworden. Auf der Flucht vor den darauf folgenden Kämpfen und Überfällen haben die vertriebenen Dorfbewohner Zuflucht in benachbarten Gebieten gesucht. Fernab von ihrem eigenen Land und ihren Gärten haben die Vertriebenen Mühe, ihre Grundbedürfnisse zu befriedigen, und leben in entsetzlichen, behelfsmäßigen Verhältnissen.⁴ Die

indonesische Regierung erkennt die Existenz der Binnenflüchtlinge noch immer nicht an, was auch Dritte, die humanitäre Hilfe leisten wollen, daran hindert, bereitwillig Hilfe zu schicken.

Auswirkungen der COVID-19 Pandemie auf die Rechte der Frauen und Gender-Gerechtigkeit

Die Verteilung der Sozialhilfe in Papua an gefährdete Gruppen, die von der COVID-19-Pandemie betroffen sind, ist ungleichmäßig und wenig zielgerichtet. Die indigene Bevölkerung wird nicht ordnungsgemäß erfasst. Daher gibt es unzählige Menschen, die nicht die Sozialhilfe erhalten, für die sie eigentlich qualifiziert wären.

Darüber hinaus werden die politischen Maßnahmen zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie im Bereich der Gesundheitsversorgung durch das Militär, seine Abhängigkeit von einem Sicherheitsansatz und die anhaltende Gewalt in Papua beeinflusst. Ohne eine sinnvolle Konsultation der lokalen Bevölkerung oder eine Aufklärung über die COVID-19-Impfmöglichkeiten und die Rechte des Einzelnen in Bezug auf die Impfung verbreiteten sich schnell Behauptungen, dass es sich bei dem Impfprogramm um eine Zwangsimpfung handelt, die von Mitgliedern des indonesischen Militärs durchgeführt wird. Dies führte in der Öffentlichkeit nur zu einem größeren Misstrauen gegenüber den politischen Maßnahmen der Regierung im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie und dem Impfprogramm in Papua.⁵

Ungeachtet des Misstrauens der Öffentlichkeit gegenüber dem Programm ist ein Impfausweis, der

2 Komnas Perempuan, *2020 year-end record of National Commission on Violence Against Women (Komnas Perempuan)* In Indonesian language, abgerufen unter: <https://komnasperempuan.go.id/siaran-pers-detail/catahu-2020-komnas-perempuan-lembar-fakta-dan-poin-kunci-5-maret-2021>

3 Pusaka, *Year-end note "No Respite Despite the Pandemic," A Portrait of The Fight for Environmental Human Rights in Papua and Central Kalimantan in 2020*, abgerufen unter: <https://pusaka.or.id/assets/2021/02/Year-end-note-Pusaka-2020-Eng.-Vrs.pdf>

4 Elsham Papua, abgerufen unter: <https://www.bbc.com/indonesia/indonesia-49233527>

5 Berita Aktual.co, *Deploy Combat Materials, Marine Corps Invade Klafdalim Village Moisegen Sorong*, abgerufen unter <https://beritaaktual.co/metro/8086/kerahkan-material-tempur-korps-marinir-serbu-kampung-klafdalim-moisegen-sorong/>



die Impfung nachweist, inzwischen Voraussetzung für den Zugang zu bestimmten Gebieten oder für die Inanspruchnahme bestimmter öffentlicher Dienstleistungen in Papua. Mehrere Standesämter in Papua verlangen jetzt von der Öffentlichkeit einen Impfnachweis, um Bevölkerungsdokumente zu erhalten. Da das Militär bei der (selektiven) Durchsetzung von Gesundheitsprotokollen im öffentlichen Raum nun häufig einen Impfnachweis verlangt, haben zahlreiche Papua-Frauen Schwierigkeiten, ihre Gartenprodukte in verschiedenen Bezirken zu verkaufen. So wurde beispielsweise Papua-Frauen, die Gärten in Warmare haben und ihre Produkte nach Manokwari verkaufen wollten, dies nicht gestattet, ohne vorher ihre Impfung zu bestätigen.

Frauen in der Politik

Die indonesische 30% -Quote, die vorschreibt, dass mindestens 30% der Parlamentskandidaten einer politischen Partei Frauen sein müssen, wird nun auf nationaler Ebene umgesetzt. Die nationale Umsetzung der Quote hat jedoch noch nicht zu einer vollständigen lokalen Umsetzung geführt. Außerdem hat die 30% -Quote noch nicht zu einer signifikanten Erhöhung der Wahlbeteiligung geführt.

Die Beteiligung von Frauen an der lokalen Politik und Verwaltung in Papua liegt immer noch weit unter 30%. In der Provinz Papua Barat sind von den 45 Mitgliedern, die für die Wahlperiode 2019-2024 in das Provinzparlament gewählt wurden, nur 7 (d.h. 15,5%) Frauen. Unter diesen sind indigene Papua-Frauen weiter unterrepräsentiert; nur 3 der 7 sind indigene Papua-Frauen, was nur 4,4% der Gesamtzahl der gewählten Parlamentarier

entspricht. In der Provinz Papua sind nur 8 (d.h. 16%) der 49 gewählten Provinzparlamentarier für den Zeitraum 2019-2024 Frauen. Von diesen 8 Frauen sind 5 (d.h. 10% der Gesamtzahl der Parlamentarier) indigene Papua-Frauen.

In einer Entscheidung aus dem Jahr 2019 erkannte die Allgemeine Wahlkommission Indonesiens das „Noken-System“⁶ in der Provinz Papua als eine Praxis lokaler Weisheit an und erlaubte dessen Anwendung bei lokalen Wahlen - eine Entscheidung, die weitgehend als positive Unterstützung der indigenen Kultur und Tradition Papuas begrüßt wurde.⁷ Das Vertrauen in das System hat sich jedoch nicht positiv auf die politischen Beteiligungsrechte von Frauen ausgewirkt. Der von den Stammesoberhäuptern angewandte Berechnungsmechanismus begünstigt im Allgemeinen Männer, die in den gewohnheitsmäßigen (*adat*) Strukturen eine wichtigere Stellung einnehmen. Infolgedessen ist es für weibliche Kandidaten schwierig, Stimmen zu erhalten.

Häusliche Gewalt und geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen

In Indonesien gibt es eine Reihe von Gesetzen und Verordnungen zur Bekämpfung häuslicher Gewalt. In Wirklichkeit haben diese Gesetze und Vorschriften jedoch nicht viel zur Verbesserung der Situation der Frauen in Indonesien, einschließlich Papua, beigetragen.

Aufgrund vieler sozioökonomischer Faktoren erleben Papua-Frauen extreme Formen häuslicher Gewalt. Sie haben Schwierigkeiten, Zugang zu Rechtsschutz und Unterstützungsdiensten zu

6 Das Noken-System wurde im Jahr 2009 eingeführt und von der Allgemeinen Wahlkommission (KPU) regelmäßig überprüft. Im Jahr 2019 erließ die KPU die Verordnung Nr. 810/PL.02.6-Kpt/06/KPU/IV/2019 zur Anwendung des Noken-Systems in 12 Regentschaften der Provinz Papua (Yahukimo, Jayawijaya, Nduga, Mamberamo Tengah, Lanny Jaya, Tolikara, Puncak Jaya, Puncak, Paniai, Intan Jaya, Deiyai und Dogiyai). Es handelt sich um die Möglichkeit eines Stammeshäuptlings oder einer prominenten Stammesfigur, mit der Befugnis ausgestattet zu werden, seine oder ihre gesamte Gemeinschaft zu vertreten. Im Rahmen des Noken-Systems wird die Wahl durch einen Konvent entschieden, der bestimmte politische Parteien oder

Kandidaten bestimmt. LIPI, „Noken Electoral System in Papua Deliberative Democracy in Papuan Tradition“, abgerufen unter: <https://papua.lipi.go.id/2021/04/noken-electoral-system-in-papua-deliberative-democracy-in-papuan-tradition/>

7 Wahlkommission der Republik Indonesien, Dekret der Wahlkommission der Republik Indonesien, Nr. 810/PL.02.6-Kpt/06/KPU/IV/2019 betreffend Richtlinien für die Implementierung von Wahlsystemen mit einem Noken/Ikat-System in der Provinz Papua bei den Parlamentswahlen 2019 https://jdih.kpu.go.id/data/data_abstrakkepku/ABS%20810%20THN%202019.pdf und https://jdih.kpu.go.id/data/data_kepku/KPT%20810%20THN%202019.pdf





Beim Sago-Waschen (Foto: Claudia Lang)

erhalten. Gleichzeitig ist es für die Opfer schwierig, Hilfe und Behandlung zu erhalten, da sie für ihre eigenen Opferbewertungen und Berichte bezahlen müssen, was sie davon abhält, zukünftige Vorfälle anzuzeigen.

Aufgrund der sozialen Stigmatisierung von Papua-Frauen, die Opfer häuslicher Gewalt sind, schämen sich einige Frauen zu sehr, um Hilfe zu suchen. Wenn Frauen Zugang zu Hilfsdiensten, einschließlich medizinischer Versorgung, psychosozialer Unterstützung und Schutz, wünschen, gibt es nur wenige Möglichkeiten. In ländlichen Gebieten gibt es oft keine funktionierenden Notunterkünfte, und die staatliche Initiative P2TP2A, die von Gewalt betroffene Frauen und Kinder unterstützen soll, funktioniert nicht effektiv.⁸

Das Heiratssystem in einigen indigenen Kulturen Papuas hat ebenfalls nachteilige Auswirkungen auf Frauen und Mädchen. In Keerom

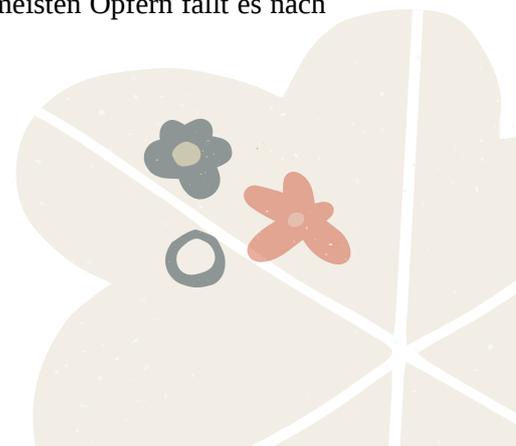
beispielsweise erlauben einige indigene Traditionen immer noch „Tauschheiraten“. Diese Praxis erlaubt es dem Bruder der Braut, eine Frau aus der Familie des Bräutigams zu heiraten und dient dazu, die Zahlung der Mitgift zwischen den beiden Familien zu vermeiden.

In Papua werden Fälle von Gewalt in Partnerschaften meist im Rahmen von Gewohnheitsrechtsverfahren behandelt, deren Ergebnisse nicht immer zugunsten der Frauen ausfallen. In Wameana konnte eine Frau, die von ihrem Mann geschlagen wurde, ihre Eltern nicht um Unterstützung bitten, weil sie damit gegen ihre Bräuche verstoßen würde.⁹

Die Regierung hat in der Provinz Papua ein Frauenhaus eingerichtet, aber der Zugang der Opfer zu diesem Ort ist nach wie vor sehr eingeschränkt, da es sich im Gebäude der Regionalpolizei von Papua befindet. Den meisten Opfern fällt es nach

8 AJAR, *I am Here: Problems and Opportunities for Papuan Women from the Perspective of Papuan Women*, available at <http://www.asia-ajar.org/files/Sa%20Ada%20Disini%20-%20AJAR%20Report.pdf>

9 Ibid



wie vor schwer, dem Sicherheitsapparat zu vertrauen.

Vor kurzem wurden in Papua Vorwürfe sexueller Gewalt gegen vier minderjährige Mädchen durch Beamte bekannt. Die sexuelle Gewalt soll sich bei zwei Gelegenheiten, nämlich im April und Mai 2021, ereignet haben und betraf mehrere Beamte auf lokaler Ebene. Die Familien der Opfer meldeten den Fall der Polizei, und im September 2021 meldeten sie ihn auch der Komnas Perempuan, der nationalen Frauenkommission. Nach der Anzeige bei der Polizei erhielten die Familienangehörigen der Opfer und ihr Anwalt Morddrohungen. Das Gerichtsverfahren ist seither ins Stocken geraten, aber mit Unterstützung des LBH Papua wird weiter versucht, Gerechtigkeit zu erreichen.¹⁰

Die Situation von Menschenrechtsverteidigerinnen

Menschenrechtsverteidigerinnen in Papua wurden angegriffen, eingeschüchtert und erhielten Terrordrohungen, weil sie Opfern von Menschenrechtsverletzungen und politischen Aktivisten, die wegen friedlicher politischer Aktivitäten strafrechtlich verfolgt wurden, Hilfe leisteten. Auch indigene Frauen wurden häufig mit Terror und Einschüchterung bedroht, weil sie und/oder ihre Familien ihre Rechte auf gewohnheitsmäßiges Land gegen Landraub durch den Staat oder Unternehmen verteidigten.

Auch Menschenrechtsverteidigerinnen in Papua werden häufig in ihrer Privatsphäre verletzt. Während ihrer Tätigkeit als Rechtsbeistand im Jahr 2021 wurden beispielsweise von MW von PAHAM Papua häufig Fotos und Videos von ihr gemacht, sowohl außerhalb des Gerichtssaals als auch im Gerichtssaal während des Prozesses.

In den letzten Jahren wurden Frauen, die an friedlichen Anti-Rassismus-Demonstrationen teilnahmen, eingeschüchtert und sexuell belästigt. Einige der Frauen wurden verhaftet und befinden

sich mitten in einem Gerichtsverfahren. Die Sicherheitskräfte gehen oft gewaltsam gegen solche Veranstaltungen vor, da sie als Verrat angesehen werden. Vier Papua-Frauen wurden wegen ihrer Teilnahme an einer Massendemonstration gegen Rassismus in Papua 2019 vor Gericht gestellt:

- AE wurde in Jakarta verhaftet, des Hochverrats angeklagt und zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt. Sie wurde im Mai 2020 freigelassen und beschrieb, dass sie in einer überfüllten Zelle auf einem harten Boden schlafen musste, während sie unter Atemproblemen litt.
- SM wurde in Manokwari verhaftet, des Hochverrats angeklagt und zu neun Monaten Haft verurteilt. Sie wurde im Juni 2020 freigelassen und berichtete, dass sie ihr 6 Monate altes Baby während ihrer Haft gestillt hat.
- TT wurde in Wamena verhaftet und wegen Hochverrats angeklagt. In der Haft wurde sie eingeschüchtert, unmenschlich und erniedrigend behandelt und sexuell belästigt. Das Gerichtsverfahren ist noch nicht abgeschlossen, nachdem das Berufungsgericht die Verurteilung von TT zu 6 Jahren Haft bestätigt hat. Die Fälle von sexueller Belästigung, die TT der indonesischen Polizeidirektion für Beruf und innere Sicherheit (Div. Propam) gemeldet hat, müssen noch geklärt werden.
- MW wurde in Sorong verhaftet, des Hochverrats angeklagt und zu 10 Monaten Haft verurteilt. Anschließend wurde sie freigelassen.

Geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen in Konflikt- und Postkonfliktsituationen

Zur Förderung der Menschenrechte und zur Aufarbeitung früherer Menschenrechtsverletzungen, insbesondere im Zusammenhang mit früheren Konflikten, hat Indonesien ein

10 Jubi.co.id, *Suspected of being victims of sexual violence, the families of four teenage girls will report to Komnas Perempuan*, September 2021, available at: <https://jubi.co.id/diduga-menjadi-korban-kekerasan-sesual-keuarga-empat-remaja-putri-akan-lapor-ke-komnas-perempuan/>

Menschenrechtsgesetz (Nr. 39/1999) und ein Gesetz über einen Menschenrechtsgerichtshof (Nr. 26/2000) erlassen. In Bezug auf Papua sieht das Gesetz Nr. 21/2001 über die Sonderautonomie Papuas ein lokales Menschenrechtsgericht und eine Wahrheits- und Versöhnungskommission vor. Beide sind jedoch noch nicht eingerichtet worden.

Es gibt ein lokales Gesetz in Papua, das verabschiedet wurde, um den Schutz der Opfer von Menschenrechtsverletzungen zu verbessern. Das Gesetz mit dem offiziellen Titel Lokales Sondergesetz (Perdatus) Nr. 1/2011 über die Wiedergutmachung der Rechte von Frauen in Papua, die Opfer von Gewalt und Menschenrechtsverletzungen geworden sind (Perdatus Nr. 1/2011), wurde jedoch ohne öffentliche Verbreitung verabschiedet und es fehlen weiterhin Unterverordnungen. Es fanden mehrere Diskussionen und Treffen zur Bildung von Unterverordnungen für Perdatus Nr. 1/2011 statt, und im Jahr 2018 drängte Komnas Perempuan auf die Bildung einer Gouverneursverordnung, indem es mehrere Treffen mit dem MRP abhielt. Bis zum Zeitpunkt der Einreichung dieser Stellungnahme wurden jedoch keine Unterverordnungen für den Perdatus Nr. 1/2011 umgesetzt oder geschaffen.

Der bewaffnete Konflikt zwischen den separatistischen Kräften in Papua, die als TPNPB oder West Papua National Liberation Army bekannt sind, und den Sicherheitskräften der Regierung hat erhebliche Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung. Zivilisten werden von den Sicherheitskräften oft beschuldigt, Mitglieder der TPNPB zu sein, und das dient als Vorwand für Schießereien und Verfolgung. Wenn es zu Schießereien kommt, werden gelegentlich auch Kinder Opfer von Fehlschüssen. Solche Schießereien und Verfolgungen führen wiederum zu Binnenvertreibungen.

Frauen aus Papua haben missbräuchliche Verhöre und schreckliche Folter, einschließlich sexueller



Bei der Handarbeit (Foto: Mensen met een Missie)

Gewalt, erlebt, während sie während Militäroperationen ohne Gerichtsverfahren festgehalten wurden. Frauen müssen vor Militäroperationen fliehen und dabei ihre Familie zurücklassen und ihre Lebensgrundlage zerstören. Für die von den Sicherheitskräften begangene Gewalt gegen indigene Frauen¹¹ gibt es kein Verfahren zur Rechenschaftslegung. Frauen, die Opfer sexueller Gewalt geworden sind, leben mit den Folgen der Straflosigkeit der Täter und haben Schwierigkeiten, über ihre Erfahrungen zu sprechen, weil sie sich schämen, Angst vor Stigmatisierung und Verurteilung haben, Bedenken hinsichtlich der Vertraulichkeit haben und kein Vertrauen in die Rechtsstaatlichkeit haben.¹²

11 Asia Justice and Rights, *Enduring Impunity*, abgerufen unter <https://asia-ajar.org/2015/11/enduring-impunity-women-surviving-atrocities-in-the-absence-of-justice/> <http://www.asia-ajar.org/files/ENDURING%20IMPUNITY%20final-23%20Nov-press.pdf>

12 Fact sheet 1, Fulfillment of Women Human Rights Situation in Papua, CEDAW Papua report, November 2016.



Frauen in der Arbeitswelt

Das Omnibusgesetz sollte die Geschäftstätigkeit in Indonesien erleichtern und die Anforderungen für Investitionen in einigen Sektoren vereinfachen. Mit dem Gesetzentwurf wurden 81 Gesetze geändert, von denen einige die Forstwirtschaft, die Beschäftigung, die Landwirtschaft, die Industrie und den Handel betrafen. Im Bereich des Umweltschutzes wurden mit dem Omnibusgesetz Artikel zum Umweltschutz abgeschafft, wobei die Anforderungen an Umweltgenehmigungen und Umweltverträglichkeitsprüfungen (AMDAL) offenbar entfallen.¹³

Die Verabschiedung des Omnibus-Gesetzes hat bereits erhebliche Auswirkungen auf die indigenen Völker, insbesondere die Frauen Papuas, und das Land Papua und wird dies auch weiterhin tun. Vor der Verabschiedung dieses Gesetzes erhielten viele Plantagenkonzerne Geschäftsgenehmigungen, indem sie die bestehenden Verfahren missachteten. In diesem Zusammenhang wurden mindestens 1.389.956 Hektar Wald, der indigenen Völkern gehört, in Ölpalmenplantagen umgewandelt. Die Erleichterung dieses Übergangs wurde durch Vorschriften unterstützt, die die Rechte der indigenen Völker nicht schützten.¹⁴ Das Omnibus-Gesetz hat den Landerwerb noch einfacher gemacht und die bestehenden faktischen Schutzmechanismen erheblich geschwächt.

Wie bereits erwähnt, bedrohen mehrere groß angelegte Entwicklungsprojekte die Existenz der Wälder und damit auch der indigenen Völker und ihres Landes. Landwirtschaftliche Projekte haben den Zugang indigener Völker zu Land und Ressourcen blockiert oder irreparable Schäden an den Wäldern verursacht, die die wichtigste Lebens- und Kulturquelle für indigene Gemeinschaften in Papua sind. Indigene Frauen sind besonders von der Präsenz von Großplantagen betroffen. Gemäß der üblichen Arbeitsteilung sind die Frauen für

die Pflege der Gärten, die Ernte von Nahrungsmitteln und das Sammeln von Feuerholz und anderen organischen Materialien zuständig.¹⁵

In Fakfak arbeiten viele indigene Frauen als Tagelöhnerinnen in der Palmölplantage. Das Unternehmen stellt keine Sicherheitsausrüstung zur Verfügung, so dass die Arbeiterinnen diese selbst kaufen müssen. Dieser Zustand ist nicht nur eine finanzielle Belastung, sondern macht die Frauen auch anfällig für Arbeitsunfälle. Obwohl die Frauen als Tagelöhnerinnen arbeiten, werden sie monatlich bezahlt. Die Zahlungen erfolgen oft verspätet und sind mit einem verwirrenden Verfahren verbunden, das anfällig für Korruption und Ausbeutung ist.¹⁶

Viele Frauen in Papua haben immer noch Mühe, ihre wirtschaftlichen Bedürfnisse zu befriedigen. Dies gilt nicht nur für die Situation der Frauen in abgelegenen Gebieten, sondern auch in den Städten, wo viele indigene Frauen versuchen, durch den Verkauf lokaler Produkte auf dem Markt ein kleines Einkommen für ihre Familien zu erzielen. Viele Frauen in Papua haben Schwierigkeiten, Zugang zu Handelseinrichtungen zu erhalten, wie z. B. zu traditionellen Märkten. Vielerorts sind die traditionellen Märkte von einer Reihe von Parteien, meist Nicht-Papuas, monopolisiert worden. Sie stehen auch vor Herausforderungen, wenn sie versuchen, Kredite mit erschwinglichen Zinsen und einem einfachen Verfahren zu erhalten.¹ Papua-Frauen, die in den Küstengebieten leben, haben ebenfalls Schwierigkeiten, Zugang zum Markt zu erhalten, da sie weit von den städtischen Gebieten entfernt leben. In Sorong wurde von der Regierung keine Marktroute eingerichtet, so dass diejenigen, die ihre Waren verkaufen wollen, viel höhere Transportkosten tragen müssen. Papua-Frauen haben oft Mühe, beim Verkauf ihrer landwirtschaftlichen Produkte mit anderen, die verarbeitete Produkte verkaufen, zu konkurrieren.

13 Tigor Hutapea in Bulletin Pusaka, *Omnibus Law Menghancurkan Papua*, 2020, abgerufen unter: <https://pusaka.or.id/2020/07/omnibus-law-akan-menghancurkan-papua-tolakomnibuslaw/>

14 Tigor Hutapea, *Omnibus Law and Threats to Papua's Forests and Natural Resources*, Mongabay, June 2020, <https://www.mongabay.co.id/2020/06/15/omnibus-law-dan-ancaman-bagihutan-dan-sumberdaya-alam-papua/>

15 AJAR, *All the Birds are Gone*, 2021, abgerufen unter: <https://asia-ajar.org/2021/03/all-the-birds-are-gone-indigenous-women-speak-out-against-forest-loss-in-papua/>

16 Ibid

Als Reaktion auf ihre Situation haben die Papua-Frauen eine Koalition, *Pasar Mama*, gegründet, um für ihre Rechte einzutreten und einen angemessenen Markt zu sichern. *Pasar Mama* wurde 2003 in Jayapura ins Leben gerufen, und es entstanden weitere Gruppen in Merauke, Timika, Sorong und Nabire. Eine Arbeitsgruppe von Papua-Frauen, *Kobakoba Cooperation*, wurde ebenfalls gegründet. Trotz dieser Bemühungen, sich zu organisieren und zu mobilisieren, gibt es immer noch keine spezifische Regelung, die das Recht der Papua-Frauen auf einen angemessenen Lebensstandard durch Zugang zu angemessenen Marktplätzen und anderen Unterstützungssystemen für wirtschaftliche Aktivitäten berücksichtigt.

Gesundheitswesen

Nach Angaben des Gesundheitsministeriums der Republik Indonesien sind aktive *Posyandu*, also Gesundheitszentren, die in der Lage sind, ihre Haupttätigkeiten regelmäßig jeden Monat mit einer Mindestabdeckung von 50% auszuführen und zusätzliche Aktivitäten durchzuführen.¹⁷ Es wird davon ausgegangen, dass ein guter Zugang zu solchen Zentren die Gesundheitsversorgung von Müttern und Kindern verbessert. Nach Angaben des Gesundheitsamtes der Provinz Papua für das Jahr 2020 erreichte die lokale Regierung eine aktive *Posyandu*-Abdeckung von 73,7% (2.594 *Posyandu*), was deutlich unter dem ursprünglichen Ziel von 78 % (3.521 *Posyandu*) lag. Der Deckungsgrad der aktiven *Posyandu* auf der Grundlage der Daten aus den Bezirken und Städten der Provinz Papua für das Jahr 2020 zeigt, dass der Deckungsgrad in Jayapura City mit 100 % (192

aktive *Posyandu*) am höchsten ist, während er in den Konfliktgebieten am niedrigsten ist. Die Regentschaft Nduga und Intan Jaya haben jeweils nur 5 aktive *Posyandu*.¹⁸

Sowohl vor als auch seit Beginn der COVID-19-Pandemie haben Frauen in Papua Schwierigkeiten, Zugang zu Dienstleistungen zu erhalten, insbesondere zu Dienstleistungen im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und HIV/AIDS. Selbst grundlegende Gesundheitsdienste sind eine Herausforderung, und das trotz der Existenz nationaler und lokaler Gesundheitssysteme (mit „Gesundheitskarten“ wie BPJS und Papua Sehat), die den Zugang zu Gesundheitsdiensten ermöglichen. Vielerorts können Frauen keine Gesundheitsdienste in Anspruch nehmen, weil sie keine Identitätskarte (Kartu Tanda Penduduk) haben oder die Transportkosten nicht bezahlen können, oder weil sie zu einer Gesundheitseinrichtung kommen, in der kein Gesundheitspersonal verfügbar ist.

Die Müttersterblichkeitsrate ist in Papua sehr hoch. Von 1.000 Lebendgeburten sterben 35 Neugeborene im ersten Lebensjahr und 109, bevor sie das fünfte Lebensjahr erreicht haben. Im Jahr 2015 wurde eine von vier Geburten ohne Hilfe von ausgebildeten Geburtshelfern durchgeführt, da es in vielen abgelegenen Gebieten Papuas an qualifiziertem Gesundheitspersonal fehlt.¹⁹

Eine weitere Herausforderung für die Frauen in Papua ist HIV/AIDS. Bei Papua-Frauen ist die Wahrscheinlichkeit, an HIV/AIDS zu erkranken, doppelt so hoch wie bei der übrigen Bevölkerung Papuas.²⁰ Die HIV-Prävalenzrate liegt bei den indigenen Papua bei 2,9 % und damit deutlich

17 Gesundheitsministerium der Republik Indonesien, Indonesian Health Profile, 2019, Seite 43, verfügbar unter <https://pusdatin.kemkes.go.id/resources/download/pusdatin/profil-kesehatan-indonesia/Profil-Kesehatan-indonesia-2019.pdf>

18 Gesundheitsamt der Provinzregierung von Papua, Leistungsbericht der Regierungsbehörden, 2020, Seite 59, verfügbar unter <https://dinkes.papua.go.id/wp-content/uploads/2021/03/LKJ-Dinkes-Papua-2020.pdf>

19 Daten aus der nationalen Haushaltserhebung (SUSENAS, RISKESDAS, SDKI) und Verwaltungsdaten (Ministerium für Bildung und Kultur, Gesundheitsministerium); und Studien über die Gesundheit und Lebenserfahrungen von Frauen und Männern in Papua, verfügbar unter: <https://sdg4children.or.id> oder <https://www.unicef.org/indonesia/sites/unicef.org/indonesia/files/2019-06/Bahasa%20Papua%20Barat%20lowres2.pdf>

20 OHCHR, Indonesia / Right to health: “Ambitious goals can be reached only if challenges are addressed” – UN expert, 2017, abgerufen unter: <https://www.ohchr.org/EN/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=21476&LangID=E>.

über der Prävalenzrate von 0,4 % bei Nicht-Papua. Wie das Gesundheitsamt der Provinz Papua berichtet, lebten im ersten Quartal 2019 mehr als 40.000 Menschen in Papua mit HIV/AIDS, und seit September 2018 wurden rund 2.000 neue Fälle bekannt.²¹

Die Zahl der mit HIV/AIDS infizierten Frauen war höher als die der Männer. Untersuchungen seit 2016 haben gezeigt, dass das Verhältnis von HIV-positiven Frauen und Männern in Papua 3:1,7 beträgt. Das bedeutet, dass etwa 60 % der in Papua gemeldeten Fälle Frauen sind.²² 30. Juni 2019 gab es in Papua 41.616 HIV/AIDS-Fälle, davon waren 18.368 HIV-Fälle und 23.248 AIDS-Fälle. Es gab 9.164 HIV-infizierte Frauen und 12.641 AIDS-infizierte Frauen, so dass die Gesamtzahl der mit HIV/AIDS lebenden Frauen 21.805 betrug.²³

In den ländlichen Gebieten Papuas ist der Zugang zur Gesundheitsversorgung für Mütter und Kinder noch schlechter als anderswo. Darüber hinaus gibt es einige Probleme in Bezug auf die staatlichen Einrichtungen. Der Mangel an Medikamenten, Probleme mit der Ausstattung staatlicher Einrichtungen und mit den für staatliche Einrichtungen genutzten Gebäuden, Personalmangel und/oder mangelndes Vertrauen in die Gleichwertigkeit der Versorgung in staatlichen Einrichtungen führen dazu, dass diese Einrichtungen nicht lebensfähig sind. Die Menschen in diesen Gebieten haben keine andere Wahl, als sich die Mittel für eine private Gesundheitsversorgung zu beschaffen.

Geflüchtete besonders gefährdet

Unter den Binnenvertriebenen in Papua sind überproportional viele Frauen und Kinder. Fern von ihrem eigenen Land und ihren Gärten kämpfen die Binnenvertriebenen darum, ihre

Grundbedürfnisse zu befriedigen, einschließlich des Zugangs zu medizinischer Versorgung, Zugang zu Lebensunterhalt und Freiheit von Angst.

Binnenvertriebene indigene Papua-Frauen sowie junge Mädchen und Babys sterben an Hunger und anderen Krankheiten aufgrund der schlechten Lebensbedingungen in den Unterkünften und weil einige Frauen im Wald entbunden haben. In den provisorischen Lagern für Binnenvertriebene kämpfen die Frauen um den Zugang zu den Grundbedürfnissen wie Gesundheitsversorgung und Bildung.²⁴

Aus Sicherheitsgründen haben viele Binnenvertriebene zu viel Angst, in ihre Dörfer zurückzukehren. Obwohl die Sicherheitskräfte und die örtliche Regierung die Bevölkerung mancherorts zur Rückkehr aufgefordert haben, zögern die Menschen aufgrund der zahlreichen willkürlichen Verhaftungen durch die Sicherheitskräfte, nach Hause zurückzukehren. Sie fühlen sich in den Flüchtlingslagern, in den Wäldern und/oder in den Häusern ihrer Familien sicherer.

Abschließende Bemerkungen

Anstelle eines dialogischen Ansatzes zur Bewältigung der Herausforderungen Papuas und zur Verringerung des Konflikts verfolgt die indonesische Regierung nach wie vor einen sicherheitspolitischen Ansatz. Dies hat zu verschiedenen Menschenrechtsverletzungen geführt, die von der Inhaftierung von Aktivisten bis hin zur Anwendung von nicht genehmigter und unverhältnismäßiger Gewalt reichen. Wie die jüngste Zunahme von offenem Rassismus und die Unruhen im Zusammenhang mit dem Autonomiegesetz zeigen, fehlt es in Papua nach wie vor an Menschenrechtsschutz. ●

21 Asia Justice and Rights, Living Among Sharp Rocks: Vulnerability and Patterns that Impact HIV / AIDS and Violence against Women in Papua Province 2019

22 Ibid

23 Integrierte Umfrage des Gesundheitsministeriums, Juni 2019

24 Indonesian govt neglecting Papuans displaced by conflict, abgerufen unter: <https://www.rnz.co.nz/international/pacific-news/396527/indonesian-govt-neglecting-papuans-displaced-by-conflict-researcher>

Abschließende Bemerkungen zum achten Staatenbericht von Indonesien zu dem Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)¹

UN-Ausschuss für die Beseitigung der
Diskriminierung der Frau

vom Westpapua-Netzwerk übersetzt und zusammengefasst

Zentrale Problembereiche und Empfehlungen

Zugang von Frauen zur Justiz

15. Der Ausschuss begrüßt die Annahme des Informationssystems zum Schutz von Frauen und Kindern, das es Frauen und Mädchen ermöglicht, im Falle von Gewalt Beschwerden einzureichen. Er ist jedoch besorgt über Folgendes:

(a) Anhaltende Hindernisse, darunter Stigmatisierung, Angst vor Vergeltung und tief verwurzelte, diskriminierende Geschlechterstereotypen, die Frauen und Mädchen davon abhalten, ihre Beschwerden über geschlechtsspezifische Diskriminierung und Gewalt einzureichen, sowie das mangelnde Bewusstsein der Justiz- und Strafverfolgungsbehörden für geschlechtsspezifische Protokolle zur Behandlung von Fällen geschlechtsspezifischer Gewalt und für die Bedeutung von Opferschutz- und Unterstützungsdiensten;

(b) Unzureichende Informationen über die Auswirkungen des Informationssystems zum Schutz von Frauen und Kindern auf die Beseitigung diskriminierender geschlechtsspezifischer Stereotypen und geschlechtsspezifischer Diskriminierung von Frauen in der Justizverwaltung.

16. Der Ausschuss empfiehlt dem Vertragsstaat:

(a) Sicherzustellen, dass Frauen einen effektiven Zugang zur Justiz haben, unter anderem durch die Bereitstellung angemessener personeller, technischer und finanzieller Ressourcen zur Verbesserung der juristischen Kenntnisse von Frauen und durch obligatorischen Kapazitätsaufbau für Justiz- und Strafverfolgungsbeamte im Hinblick auf geschlechtsspezifische Protokolle für den Umgang mit Fällen von geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Frauen und Mädchen sowie auf die Bedeutung von Opferschutz- und Unterstützungsdiensten;

¹ Der CEDAW-Ausschuss (Ausschuss für die Beseitigung der Diskriminierung der Frau) prüfte den achten Staatenbericht von Indonesien auf seiner 1827. und 1829. Sitzung, die am 28. und 29. Oktober 2021 stattfanden. Die hier abgedruckten Empfehlungen mit Papua-Relevanz stellen nur eine gekürzte Zusammenfassung aller Empfehlungen dar. Die finalen UN-Dokumente sind hier zu finden: <https://bit.ly/3wpzYwL>



Verkäuferin und Kundin (Foto: Mensen met een Missie)

(b) Sicherzustellen, dass Frauen, die Opfer von geschlechtsspezifischer Diskriminierung und Gewalt geworden sind, ohne Angst vor Vergeltung oder Stigmatisierung Anzeige erstatten können und Zugang zu wirksamen Rechtsbehelfen und zur Unterstützung der Opfer haben, z. B. zu medizinischer und psychologischer Hilfe und zu Unterkünften;

(c) Überwachung und Bewertung der Auswirkungen der Bemühungen um einen besseren Zugang zur Justiz auf die Frauen, einschließlich der Wirksamkeit des Informationssystems zum Schutz von Frauen und Kindern.

(...)

Geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen

25. Der Ausschuss begrüßt die vom Vertragsstaat ergriffenen Maßnahmen zur Stärkung des Schutzes von Frauen vor geschlechtsspezifischer Gewalt, einschließlich der Einrichtung des Integrierten Dienstleistungszentrums für die Stärkung von Frauen und Kindern. Der Ausschuss nimmt jedoch mit Besorgnis zur Kenntnis:

(a) Die Zunahme der geschlechtsspezifischen Gewalt gegen Frauen und Mädchen, insbesondere gegen Angehörige benachteiligter und marginalisierter Gruppen, sowohl online als auch offline, insbesondere während der COVID-19-Pandemie;

(b) Die Tatsache, dass die Definition von Vergewaltigung auf der Penetration mit dem Penis beruht, die Tatsache, dass Vergewaltigung in der Ehe im Strafgesetzbuch nicht unter Strafe gestellt ist, und das Fehlen jeglichen Hinweises auf Vergewaltigung oder Vergewaltigung in der Ehe im Gesetz Nr. 23/2004 über häusliche Gewalt;

(c) Die Tatsache, dass Opfer geschlechtsspezifischer Online-Gewalt nach Artikel 27 (1) des Gesetzes Nr. 11/2008 über elektronische Informationen und Transaktionen und nach Artikel 4 des Gesetzes Nr. 44/2008 über Pornografie strafrechtlich verfolgt werden können, obwohl sie der Verbreitung intimer Inhalte nicht zugestimmt haben;

(d) Die Verzögerung bei der Verabschiedung des Gesetzes über sexuelle Gewalt;

(e) das Fortbestehen der Praxis der so genannten Konversionstherapie zur Änderung der sexuellen Orientierung oder der Geschlechtsidentität von lesbischen, bisexuellen und transsexuellen Frauen;

(f) der begrenzte Schutz für Opfer geschlechtsspezifischer Gewalt, einschließlich des Mangels an angemessenen personellen und finanziellen Ressourcen für das Integrierte Dienstleistungszentrum für die Stärkung von Frauen und Kindern, insbesondere in ländlichen Gebieten.

26. Unter Hinweis auf seine allgemeine Empfehlung Nr. 35 (2017) zu geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Frauen, mit der die allgemeine Empfehlung Nr. 19 aktualisiert wurde, empfiehlt der Ausschuss dem Vertragsstaat:

(a) sicherzustellen, dass alle Täter, die geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen verüben, von einem zuständigen Gericht verfolgt und angemessen bestraft werden, dass Opfer und Zeugen Schutz erhalten und dass die Opfer angemessen entschädigt werden;

(b) das Strafgesetzbuch, das Gesetz Nr. 23/2004 über häusliche Gewalt und andere einschlägige Rechtsvorschriften zu ändern, um alle Formen physischer, psychischer, wirtschaftlicher und sexueller Gewalt gegen Frauen, einschließlich Vergewaltigung in der Ehe, unter Strafe zu stellen und Vergewaltigung aufgrund mangelnder Zustimmung und nicht aufgrund von Penetration oder Gewaltanwendung zu definieren;

(c) Änderung des Gesetzes Nr. 11/2008 über elektronische Informationen und Transaktionen und des Gesetzes Nr. 44/2008 über Pornografie, um sicherzustellen, dass Opfer geschlechtsspezifischer Online-Gewalt nicht strafrechtlich verfolgt werden können, wenn ihre intimen Bilder ohne ihre Zustimmung verbreitet werden;

(d) vorrangig und innerhalb eines klaren Zeitrahmens die Verabschiedung des Gesetzes über sexuelle Gewalt zu beschleunigen und die wirksame Beteiligung von Frauen in allen Phasen des Verabschiedungsprozesses sicherzustellen;

(e) Verbot der so genannten Konversionstherapie und anderer erzwungener, unfreiwilliger oder anderweitig zwingender oder missbräuchlicher Behandlungen von lesbischen, bisexuellen und transsexuellen Frauen;

(f) angemessene personelle, technische und finanzielle Ressourcen bereitzustellen, um zu gewährleisten, dass Frauenhäuser für Frauen, die Opfer geschlechtsspezifischer Gewalt sind, im gesamten Vertragsstaat voll funktionsfähig sind, einschließlich der wirksamen Umsetzung des Integrierten Dienstleistungszentrums für die Stärkung von Frauen und Kindern, insbesondere in ländlichen Gebieten, und sicherzustellen, dass Frauen, die Opfer geschlechtsspezifischer Gewalt sind, tatsächlich Zugang zu medizinischer Behandlung haben, psychologische Beratung, Rechtsbeistand und Schutzanordnungen haben.

Frauen und Frieden und Sicherheit

27. Der Ausschuss begrüßt die 2016 erfolgte Einrichtung einer lokalen ständigen Wahrheits- und Versöhnungskommission in Aceh. Er nimmt auch die Verabschiedung des Nationalen Aktionsplans für die Stärkung der Rolle der Frau und den Schutz von Kindern in sozialen Konflikten zur Kenntnis, der sich auf Prävention, Fürsprache, Sensibilisierung und die Stärkung der Rolle der Frau in sozialen Konflikten konzentriert.

Der Ausschuss nimmt jedoch mit Besorgnis zur Kenntnis:

(a) Das anhaltende Klima der Unsicherheit und die Anschuldigungen über geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen, die in konfliktbetroffenen Gebieten wie den Provinzen Ost-Java und Papua leben;

(b) die geringen Bemühungen des Vertragsstaats, einschließlich der Generalstaatsanwaltschaft, die Verantwortlichen für die während des Konflikts begangenen Menschenrechtsverletzungen an Frauen zu verfolgen und zu bestrafen;

(c) die mangelnden Fortschritte bei der Wiedergutmachung und Rehabilitierung von Frauen, die Opfer sexueller Gewalt geworden sind, für solche Menschenrechtsverletzungen.

28. Im Einklang mit dem Übereinkommen und der allgemeinen Empfehlung Nr. 30 (2013) des Ausschusses zu Frauen in der Konfliktprävention, in

Konflikt- und Nachkonfliktsituationen sowie mit der Resolution 1325 (2000) des Sicherheitsrats und nachfolgenden Resolutionen zu Frauen und Frieden und Sicherheit empfiehlt der Ausschuss dem Vertragsstaat:

(a) vorrangig die Straflosigkeit wirksam zu bekämpfen, indem er die in Konfliktgebieten begangenen Verletzungen der Rechte von Frauen, insbesondere sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt, unverzüglich und gründlich untersucht und die Täter, einschließlich der Angehörigen der Streitkräfte, strafrechtlich verfolgt und angemessen bestraft;

(b) im Einklang mit dem Völkerrecht das Recht der Opfer auf Wiedergutmachung zu gewährleisten, einschließlich des Rechts, die Wahrheit über die Verstöße zu erfahren, und Garantien, dass sich solche Verstöße nicht wiederholen;

(c) sich verstärkt um die Verabschiedung des neuen Gesetzentwurfs zur Einsetzung einer nationalen Wahrheits- und Versöhnungskommission mit umfassenden Befugnissen zur Entgegennahme von Beschwerden und der Möglichkeit, schwere Menschenrechtsverletzungen zu untersuchen, zu bemühen;

(d) Ratifizierung des Rom-Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs.

(...)

Menschenrechtsverteidigerinnen

33. Der Ausschuss stellt mit Besorgnis fest, dass Menschenrechtsverteidigerinnen im Vertragsstaat, insbesondere diejenigen, die sich für Landrechte und Umweltschutz einsetzen, häufig Einschüchterungen, Belästigungen und Drohungen ausgesetzt sind.

34. Unter Hinweis auf seine allgemeine Empfehlung Nr. 33 (2015) über den Zugang von Frauen zur Justiz empfiehlt der Ausschuss dem Vertragsstaat:

(a) wirksame Maßnahmen zum Schutz von Menschenrechtsverteidigerinnen in Absprache mit ihnen zu ergreifen, damit sie ihre wichtige Arbeit ungehindert und ohne Angst vor Einschüchterung, Belästigung oder Gewalt ausüben können;

(b) alle Personen, die Belästigungen, Gewalt und Einschüchterungen gegen Menschenrechtsverteidigerinnen begangen haben, wirksam zu ermitteln, strafrechtlich zu verfolgen und angemessen zu bestrafen und den Opfern wirksame Rechtsmittel zur Verfügung zu stellen.

Gleichberechtigte Teilnahme am politischen und öffentlichen Leben

35. Der Ausschuss lobt den Vertragsstaat für die Maßnahmen, die er ergriffen hat, um die Beteiligung von Frauen an Entscheidungspositionen zu erhöhen, wie etwa die Verabschiedung des Gesetzes Nr. 7/2017 über Wahlen und des Gesetzes Nr. 6/2014 über Dörfer. Er begrüßt auch den großen Plan für eine stärkere Vertretung von Frauen in der gesetzgebenden Versammlung für den Zeitraum 2020-2030. Der Ausschuss ist jedoch nach wie vor besorgt über die geringe Beteiligung von Frauen am politischen und öffentlichen Leben, insbesondere in ländlichen Gebieten, wo nur sieben Prozent der 78.000 Dörfer von Bürgermeisterinnen geleitet werden. Er stellt ferner fest, dass es an Information über geschlechterparitätische Systeme für die Ernennung und Einstellung von Frauen in Führungspositionen der Regierung und anderer öffentlicher Dienste fehlt.

36. Der Ausschuss empfiehlt dem Vertragsstaat:

(a) Maßnahmen zu ergreifen, um die Beteiligung von Frauen am politischen und öffentlichen Leben auf allen Ebenen zu erhöhen, einschließlich der Verabschiedung zeitlich begrenzter Sondermaßnahmen in Übereinstimmung mit Artikel 4 (1) des Übereinkommens und der allgemeinen Empfehlung Nr. 25 des Ausschusses;

(b) den Aufbau von Kapazitäten für politische Führungsqualitäten vorzusehen und Kampagnen zu verstärken, um das Bewusstsein dafür zu schärfen, dass die uneingeschränkte, gleichberechtigte, freie und demokratische Teilhabe von Frauen am politischen und öffentlichen Leben auf gleicher Grundlage wie bei Männern eine Voraussetzung für die vollständige Umsetzung des Übereinkommens ist;

(c) systematische Daten zu erheben zur Überwachung der Fortschritte bei der Vertretung von Frauen im politischen und öffentlichen Leben, insbesondere auf den Entscheidungsebenen.

(...)

Bildung

39. Der Ausschuss nimmt mit Anerkennung die Bemühungen des Vertragsstaats zur Kenntnis, den Zugang zu Bildung zu verbessern, auch für Schüler*innen mit Behinderungen gemäß dem Gesetz Nr. 8/2016 über Menschen mit Behinderungen und der Verordnung Nr. 70/2009 des Ministeriums für Bildung und Kultur über integrative Bildung. Er begrüßt ferner die Bemühungen des Vertragsstaats, durch die Einrichtung eines Online-Systems zur Meldung von Vorfällen Daten über geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen und Mädchen in Bildungseinrichtungen zu sammeln. Der Ausschuss ist jedoch weiterhin besorgt über:

(a) Das Fehlen von nach Geschlecht, Alter, Behinderung, Wohnort und sozioökonomischem Status aufgeschlüsselten Daten, um die Auswirkungen dieser Maßnahmen zu bewerten;

(b) die Ungleichheiten beim Zugang zu Bildung, insbesondere während der COVID-19-Pandemie, für Frauen und Mädchen, die benachteiligten und marginalisierten Gruppen angehören;

(c) die geringe Beteiligung von Frauen und Mädchen an nicht traditionellen Studienfächern und Karrierewegen, insbesondere in den Bereichen Wissenschaft, Technologie, Ingenieurwesen und Mathematik sowie Informations- und Kommunikationstechnologie;

(d) die Belästigung und das Mobbing von Frauen und Mädchen im schulischen Umfeld, insbesondere von Frauen und Mädchen, die benachteiligten und marginalisierten Gruppen angehören, sowie die begrenzten Informationen über die Zahl der Beschwerden und Untersuchungen solcher Fälle und die verhängten Sanktionen;

40. Der Ausschuss empfiehlt dem Vertragsstaat, das Bewusstsein für die Bedeutung der Bildung

von Mädchen auf allen Ebenen als Grundlage für ihre Befähigung zu stärken und

(a) systematisch Daten, aufgeschlüsselt nach Alter, Behinderung, Wohnort und sozioökonomischem Status, über die Bemühungen des Vertragsstaates zu sammeln, den Zugang von Mädchen und Frauen zur Bildung zu verbessern;

(b) Frauen und Mädchen, die benachteiligten und marginalisierten Gruppen angehören, den Zugang zur Bildung zu erleichtern, unter anderem durch finanzielle Unterstützung und durch den Aufbau von Kapazitäten beim Bildungspersonal, um ein sichereres und integrativeres Lernumfeld für sie zu schaffen;

(c) verstärkte Anstrengungen zur Förderung der Beteiligung von Frauen und Mädchen an nicht traditionellen Studienfächern und Berufswegen, insbesondere in den Bereichen Wissenschaft, Technologie, Ingenieurwesen und Mathematik sowie Informations- und Kommunikationstechnologie;

(d) Verabschiedung einer Null-Toleranz-Politik in Bezug auf sexuelle Gewalt und Belästigung von Frauen und Mädchen in Schulen, Einführung angemessener Sensibilisierungsmaßnahmen in Bildungseinrichtungen, um alle Formen von Belästigung und geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Schüler*innen zu verhindern, Gewährleistung, dass die Täter strafrechtlich verfolgt und angemessen bestraft werden, und Bereitstellung psychologischer, medizinischer und rechtlicher Hilfe für die Opfer.

Beschäftigung

41. Der Ausschuss begrüßt die Verabschiedung des Gesetzes Nr. 18/2017 zum Schutz von Wanderarbeitnehmern, das Ermächtigungs- und Schutzmechanismen für Wanderarbeitnehmer und ihre Familien enthält. Er nimmt auch zur Kenntnis, dass das Gesetz Nr. 11/2020 über die Schaffung von Arbeitsplätzen die Rechte von Arbeitnehmerinnen gemäß dem Gesetz Nr. 13/2003 über Arbeitskräfte nicht ändert oder aufhebt.

Der Ausschuss stellt jedoch mit Besorgnis fest:

(a) Die Überrepräsentation von Frauen in der informellen Wirtschaft, in schlecht bezahlten Jobs und in Zeit- und Teilzeitarbeit, einschließlich in Palmölplantagen, wo Frauen unter ungünstigen Bedingungen ohne angemessenen Schutz vor Ausbeutung arbeiten;

(b) Das Fehlen eines umfassenden Gesetzes, das geschlechtsspezifische Gewalt und Belästigung, einschließlich sexueller Belästigung, am Arbeitsplatz definiert und wirksam verbietet;

(c) das anhaltende geschlechtsspezifische Lohngefälle in dem Vertragsstaat und das Fehlen von Rechtsvorschriften, die den Grundsatz des gleichen Entgelts für gleichwertige Arbeit garantieren;

(...)

42. Der Ausschuss empfiehlt dem Vertragsstaat:

(a) Maßnahmen zur Beseitigung der horizontalen und vertikalen beruflichen Ausgrenzung zu verstärken und den Zugang von Frauen zu formeller Beschäftigung zu verbessern, Frauen und Mädchen zu ermutigen, nicht-traditionelle Karrierewege zu wählen, und dem Übergang von Frauen von Teilzeit- zu Vollzeitarbeit Vorrang einzuräumen, mit Unterstützung von angemessenen und zugänglichen Kinderbetreuungseinrichtungen;

(b) staatliche Maßnahmen zur Ausweitung des Sozialschutzes auf Frauen in Konfliktsituationen und auf Frauen, die einer informellen Beschäftigung nachgehen, zu konzipieren und umzusetzen, insbesondere auf Frauen mit schlecht bezahlten Arbeitsplätzen sowie mit Zeit- und Teilzeitarbeit;

(c) Verabschiedung und Umsetzung umfassender Rechtsvorschriften zur Verhütung und Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Gewalt und Belästigung, einschließlich sexueller Belästigung, am Arbeitsplatz und Einrichtung eines unabhängigen Beschwerdemechanismus, um sicherzustellen, dass die Opfer wirksamen Zugang zu Rechtsmitteln haben und die Täter zur Rechenschaft gezogen werden, unter anderem durch die Verfolgung und Bestrafung der Verantwortlichen, die Gewährleistung des Zugangs zur

Gesundheitsversorgung und zu grundlegenden Dienstleistungen, die Bereitstellung von Zugang zur Gesundheitsversorgung und zu wesentlichen Dienstleistungen (...);

(d) wirksame Durchsetzung des Grundsatzes des gleichen Entgelts für gleichwertige Arbeit um das geschlechtsspezifische Lohngefälle zu verringern und letztlich zu beseitigen (...);

(...)

Gesundheit

43. Der Ausschuss lobt den Vertragsstaat für seine Bemühungen, den Zugang zu sexuellen und reproduktiven Gesundheitsdiensten in ländlichen Gebieten und zur Senkung der Mütter- und Mütter- und Säuglingssterblichkeit, einschließlich der HeforShe IMPACT Champion Initiative des Präsidenten.

Er nimmt jedoch mit Besorgnis zur Kenntnis:

(a) Der eingeschränkte Zugang zu und die geschlechtsspezifische Gewalt und Diskriminierung im Gesundheitssystem, denen Frauen in ländlichen Gebieten, Frauen mit HIV/AIDS Frauen mit Behinderungen, Frauen in Gefängnissen und Frauen, die Drogen nehmen ausgesetzt sind;

(b) das Fehlen einer umfassenden, altersgerechten Sexualerziehung und der begrenzten Zugang zu Verhütungsmitteln und Diensten der sexuellen und reproduktiven Gesundheit gemäß dem Gesetz Nr. 52/2009 über Bevölkerung und Familienentwicklung und des Gesetzes Nr. 36/2009 über Gesundheit;

(c) Die hohe Müttersterblichkeit und Unterernährung, insbesondere in ländlichen Gebieten, einschließlich der Provinzen Papua, Sulawesi, Maluku und Nusa Tenggara;

(...)

44. Der Ausschuss empfiehlt dem Vertragsstaat:

(a) Diskriminierung, Gewalt und Stigmatisierung von Frauen in ländlichen Gebieten, von Frauen, die mit HIV/AIDS leben, von Frauen mit Behinderungen, von Frauen in Haft und von Frauen, die Drogen nehmen, zu beseitigen und Frauen in Haft

und Frauen, die Drogen nehmen, zu beseitigen und sicherzustellen, dass sie Zugang zu angemessenen Gesundheitsdiensten, einschließlich sexueller und reproduktiver Gesundheitsdienste und HIV- und Drogenbehandlung;

(b) sicherstellen, dass Frauen und Mädchen tatsächlich Zugang zu Informationen und Diensten im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit haben, einschließlich altersgerechter Sexualerziehung und moderner Verhütungsmethoden, insbesondere durch Aufhebung von Gesetzen und Vorschriften, die den Zugang zu Verhütungsmitteln einschränken;

(c) die flächendeckende Versorgung mit Gesundheitsdiensten und den Zugang zu diesen Diensten in ihrem gesamten Hoheitsgebiet zu verbessern und die Anstrengungen zur Verringerung der Müttersterblichkeit und der Unterernährung zu intensivieren, unter anderem durch die Ausbildung von Angehörigen der Gesundheitsberufe, insbesondere in ländlichen Gebieten, um sicherzustellen, dass alle Geburten von qualifiziertem Gesundheitspersonal betreut werden, und durch koordinierte Anstrengungen zur Bekämpfung der Unterernährung auf strategische, geschlechtsspezifische und kulturell angemessene Weise;

(...)

Indigene Frauen aus dem ländlichen Raum

45. Der Ausschuss begrüßt die Bemühungen des Vertragsstaates, einen normativen Rahmen zu schaffen, der ein gewisses Maß an Landrechten der *masyarakat hukum adat* (Gemeinschaften des Gewohnheitsrechts) anerkennt. Der Ausschuss stellt jedoch mit Besorgnis fest:

(a) Die Tatsache, dass nur neun *masyarakat hukum adat* vom Vertragsstaat anerkannt werden und dass ländliche und indigene Frauen unverhältnismäßig stark von Entwicklungsprojekten, einschließlich der Ausbeutung natürlicher Ressourcen, der Abholzung von Wäldern und der Ausweitung der Landwirtschaft, sowie von dadurch verursachten Landkonflikten betroffen sind;

(b) dass das Gesetz Nr. 11/2020 zur Schaffung von Arbeitsplätzen den Umweltschutz untergräbt, indem es das Erfordernis von Umweltgenehmigungen und Umweltverträglichkeitsprüfungen aufhebt und damit den Zugang indigener Frauen zu Land bedroht;

(c) Das Fehlen von Informationen über die Einbeziehung der Geschlechterperspektive in die Entscheidungsprozessen bei Entwicklungsprojekten und die begrenzte Beteiligung von Frauen, insbesondere indigener Frauen, an solchen Entscheidungsprozessen und Politikgestaltung;

(d) der begrenzte Zugang indigener Frauen zu Landbesitz, sauberem Wasser und angemessenen sanitären Einrichtungen.

46. Der Ausschuss empfiehlt, dass der Vertragsstaat

(a) seine Bemühungen zum Schutz des Rechts indigener Frauen auf die Nutzung natürlicher Ressourcen und des Landes beschleunigt, unter anderem durch die Ausweitung des Geltungsbereichs von *masyarakat hukum adat*, und Gesetze aufhebt oder anderweitig ändert, die das Recht indigener Frauen auf Landnutzung untergraben, einschließlich des Gesetzes Nr. 11/2020 zur Schaffung von Arbeitsplätzen;

(b) eine geschlechtsspezifische Bewertung im Rahmen aller Umweltverträglichkeitsprüfungen durchführt und sicherstellt, dass indigene Frauen in vollem Umfang zur Entwicklung des Landes beitragen können, ihre freie, vorherige und auf Kenntnis der Sachlage gegründete Zustimmung zu jedem Entwicklungsprojekt auf indigenem Land sowie angemessene Vereinbarungen über den Vorteilsausgleich zu verlangen und den von solchen Projekten betroffenen indigenen Frauen im Einklang mit dem ILO-Übereinkommen über indigene und in Stämmen lebende Völker von 1989 (Nr. 169) angemessene alternative Existenzgrundlagen zu bieten;

(c) gewohnheitsrechtliche Praktiken abschafft, die indigene Frauen in Bezug auf Landbesitz diskriminieren, und den Zugang indigener Frauen zu Grundversorgung, sauberem Wasser und angemessenen sanitären Einrichtungen gewährleistet. ●

Bitte Formular zurücksenden an:



Westpapua-Netzwerk
Koordinationsstelle
Rudolfstr. 137
42285 Wuppertal

Fax: 0202 / 89004 179
Email: wpn@westpapuanetz.de

Abo-Formular Westpapua Journal

*Bitte ausfüllen und abschicken an obige Adresse.
Oder unterstützen Sie uns als Fördermitglied und erhalten Sie so das Journal und zusätzlich andere Veröffentlichungen!*



Ich möchte das Westpapua Journal abonnieren und zahle jährlich einen Betrag von

Einfaches Abo

- 30 € für Organisationen
- 20 € für Einzelpersonen
- 10 € für Nicht- oder Geringverdienende Einzelpersonen

Fördermitgliedschaft

- 50 € als Fördermitglied
- 40 € als Fördermitglied (erm.)

Dieses Abonnement gilt für:

Name : _____
Anschrift : _____
Email (optional) : _____
Telefon (optional) : _____

- Ich möchte einmal im Jahr eine Rechnung zugeschickt bekommen
- Ich möchte per Einzugsermächtigung zahlen
- Ich bekomme bereits das Journal aber möchte nun eine Einzugsermächtigung erteilen

Mit dieser Einzugsermächtigung, die ich jederzeit ohne Angabe von Gründen widerrufen kann, stelle ich die Arbeit des Westpapua-Netzwerks auf eine sichere Basis und helfe gleichzeitig Verwaltungskosten und Bankgebühren zu sparen. Ziehen Sie dazu die Abonnementgebühren für das Journal bis auf Widerruf von meinem Konto ein.

Wenn Sie ihre Bankdaten angeben und unterschreiben, erklären Sie sich für den jederzeit widerrufbaren Lastezug bereit, der durch die Vereinte Evangelische Mission für das Westpapua-Netzwerk durchgeführt wird.

Bank : _____

IBAN : _____

Datum, Unterschrift: _____





Um dieses Journal zu abonnieren oder Fördermitglied des Westpapua-Netzwerks zu werden, besuchen Sie bitte: <https://westpapuanetz.de/spenden>

Um unsere E-Infos per Email zu empfangen, besuchen Sie bitte: <https://westpapuanetz.de/>

Besuchen Sie uns auch auf



westpapua.netzwerk



@westpapuanetz